



Verwaltungsgericht des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht
an den Kantonsrat

2020

Sechzigster Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts

Das Verwaltungsgericht an den Kantonsrat

Gemäss § 35 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959, § 116 Abs. 2 des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997 und § 336 Abs. 2 des Planungs- und Baugesetzes vom 7. September 1975 berichten wir Ihnen über die Tätigkeit des Verwaltungsgerichts und der unter seiner Aufsicht stehenden Behörden und Angestellten im Jahr 2019. Beigefügt sind die dem Bericht zugrunde liegenden Statistiken sowie die übrigen Verzeichnisse.

Zürich, 15. März 2021

Im Namen des Verwaltungsgerichts

Der Präsident:
lic. iur. Andreas Frei

Die Generalsekretärin:
lic. iur. Lucia Eigensatz

Inhaltsverzeichnis	Seite
Das Wichtigste in Kürze	5–8
Verwaltungsgericht	9–33
1. Bericht	9–17
1.1 Wahlen/Anstellungen/Austritte	9
1.2 Bestand/Zusammensetzung	10
1.3 Zuständigkeitsbereiche	14
1.4 Geschäftsgang	15
1.5 Anfechtung vor Bundesgericht	16
1.6 Finanzielle Entwicklung	17
1.7 Aufsicht über die unteren Instanzen	17
2. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte	17
3. Statistiken	18–29
3.1 Geschäftsübersicht nach Rechtsmittelarten	18
3.2 Geschäftsübersicht nach Rechtsgebieten	19–21
3.3 Geschäftsübersicht nach Erledigungsart	22–24
3.4 Verfahrensdauer	25
3.4.1 Erledigte Geschäfte (0–3, >3–6, >6–12, >12–24 und >24 Monate)	25–27
3.4.2 Hängige Geschäfte (länger als 1 Jahr, länger als 2 Jahre)	28
3.5 Anfechtung vor Bundesgericht (tabellarische Übersicht über die letzten 5 Jahre)	29
4. Grafische Darstellungen	30–33
4.1 Eingänge nach Rechtsmittelarten	30
4.2 Eingänge nach Rechtsgebieten	30
4.3 Erledigungsart	31
4.4 Verfahrensdauer	31
4.5 Übersicht über Eingänge/Erledigungen/Pendenzen der letzten 10 Jahre	32
4.6 Übersicht über die Fallkosten der letzten 10 Jahre	33
Baurekursgericht	34–45
1. Bericht	34–38
1.1 Wahlen/Anstellungen/Austritte	34
1.2 Bestand/Zusammensetzung	34
1.3 Zuständigkeitsbereiche	37
1.4 Geschäftsgang	37
1.5 Anfechtung vor Verwaltungsgericht	38
1.6 Finanzielle Entwicklung	38
2. Statistiken	39–42
2.1 Geschäftsübersicht nach Rechtsgebieten	39
2.2 Geschäftsübersicht nach Erledigungsart	40
2.3 Verfahrensdauer	41
2.3.1 Erledigte Geschäfte (0–3, >3–6, >6–12, >12–24 und >24 Monate)	41
2.3.2 Hängige Geschäfte (länger als 1 Jahr, länger als 2 Jahre)	41
2.4 Anfechtung vor Verwaltungsgericht (tabellarische Übersicht über die letzten 5 Jahre)	42

3.	Grafische Darstellungen	43–45
3.1	Eingänge nach Rechtsgebieten	43
3.2	Erledigungsart	43
3.3	Verfahrensdauer	44
3.4	Übersicht über Eingänge/Erledigungen/Pendenzen der letzten 10 Jahre	44
3.5	Übersicht über die Fallkosten der letzten 10 Jahre	45
Steuerrekursgericht		46–57
1.	Bericht	46–50
1.1	Wahlen/Anstellungen/Austritte	46
1.2	Bestand/Zusammensetzung	47
1.3	Zuständigkeitsbereiche	48
1.4	Geschäftsgang	48
1.5	Anfechtung vor Verwaltungsgericht	49
1.6	Finanzielle Entwicklung	50
2.	Statistiken	51–54
2.1	Geschäftsübersicht nach Rechtsgebieten	51
2.2	Geschäftsübersicht nach Erledigungsart	52
2.3	Verfahrensdauer	53
2.3.1	Erledigte Geschäfte (0–3, >3–6, >6–12, >12–24 und >24 Monate)	53
2.3.2	Hängige Geschäfte (länger als 1 Jahr, länger als 2 Jahre)	54
2.4	Anfechtung vor Verwaltungsgericht (tabellarische Übersicht über die letzten 5 Jahre)	54
3.	Grafische Darstellungen	55–57
3.1	Eingänge nach Rechtsgebieten	55
3.2	Erledigungsart	55
3.3	Verfahrensdauer	56
3.4	Übersicht über Eingänge/Erledigungen/Pendenzen der letzten 10 Jahre	56
3.5	Übersicht über die Fallkosten der letzten 10 Jahre	57
Schätzungskommissionen		58–59
1.	Bericht	58
1.1	Wahlen/Anstellungen/Austritte	58
1.2	Bestand/Zusammensetzung	58
2.	Statistiken über Art und Umfang der Tätigkeit	59

Das Wichtigste in Kürze

1. Geschäftsgang des Verwaltungsgerichts

Die Anzahl der neu eingegangenen Rechtsmittel ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr 2019 um 8,4 %, das heisst von 1'030 auf 1'116 Rechtsmittel gestiegen.

Angestiegen ist die Anzahl der Eingänge insbesondere in den folgenden Rechtsgebieten:

- Abstrakte Normenkontrolle von 3 auf 22
- Anwaltsrecht von 5 auf 21
- Bildung von 21 auf 38
- Denkmalschutzmassnahmen von 8 auf 19
- Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnissen von 7 auf 16
- Gewaltschutzmassnahmen von 14 auf 21
- Informationszugang (IDG) von 6 auf 15
- Steuerrecht Bund und Kanton: Nachsteuern und Steuerhinterziehungen von 4 auf 34

Zurückgegangen ist die Anzahl der Eingänge hingegen vor allem in den folgenden Rechtsgebieten:

- Administrativverfahren SVG von 27 auf 21
- Beschaffungswesen/Submissionen von 75 auf 62

Im Berichtsjahr wurden 1'142 Fälle erledigt, das sind 14,2 % mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der Pendenzen sank im Vergleich zum Vorjahr (425) auf 399 Fälle (-6,1 %). Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) betrug 4,8 Monate (Vorjahr: 4,7 Monate), wobei 78 % (Vorjahr: 76 %) der Verfahren innert 6 Monaten erledigt wurden. Die Zahlungen des Staats an unentgeltliche Rechtsbeistände betrug im Berichtsjahr Fr. 207'324.- und stiegen im Vergleich zum Vorjahr (Fr. 170'001.-) um Fr. 37'323.- an. Der Anstieg begründet sich einerseits in der höheren Erledigungszahl und andererseits in der Zunahme von Fällen, in denen eine Rechtsverbeiständung notwendig war. Die Fallkosten blieben im Vergleich zum Vorjahr mit Fr. 6'831.- gegenüber Fr. 6'833.- praktisch unverändert.

Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bewältigte das Verwaltungsgericht gut. Die Mitglieder und Gerichtsschreibenden arbeiteten bereits ab Mitte März im Homeoffice. Das Gericht setzte die behördlich empfohlenen Präventionsmassnahmen für die vor Ort Tätigen um. Die Pandemie zeigte die Notwendigkeit der Digitalisierung der Gerichte auf. Die Verwaltungskommission und die Plenarversammlung setzten sich mit den Voraussetzungen für eine gelingende Digitalisierung des Verwaltungsgerichts auseinander.

Anlässlich des Teilrücktritts des Abteilungsvorsitzenden Dr. iur. Lukas Widmer (-50 %) konstituierte sich das Gericht neu und führte erstmals im Sinne einer Übergangsregelung ein geteiltes Abteilungspräsidium mit Dr. iur. Maja Schüpbach Schmid (50 %) im Jobsharing ein.

Der verfassungsrechtliche Auftrag, eine unabhängige, rasche und verlässliche Rechtsprechung sicherzustellen, setzt unter anderem genügend Ressourcen bei den Richterinnen und Richtern des Gerichts voraus. Das Verwaltungsgericht hat die Situation im Berichtsjahr vertieft geprüft und dem Kantonsrat im Herbst Antrag für 200 zusätzliche Stellenprozent für Richtende gestellt.

Die Suche nach einer geeigneten Liegenschaft für das Verwaltungsgericht als Ersatz für die mittlerweile sanierungsbedürftige Liegenschaft an der Militärstrasse/Freischützgasse wurde weitergeführt. Neben räumlichen Engpässen durch die historisch gewachsenen Strukturen weist die bestehende Raumdisposition des aktuellen Gerichtssitzes Mängel bezüglich Sicherheit und Rollstuhlgängigkeit auf. Im Berichtsjahr wurde in Zusammenarbeit mit der Baudirektion des Kantons Zürich ein Betriebskonzept für das Verwaltungsgericht erarbeitet. Dieses dient als Grundlage für die weitere Planung und Suche von neuen Räumlichkeiten für das Verwaltungsgericht.

2. Geschäftsgang des Baurekursgerichts

Das Baurekursgericht blickt trotz Corona-Pandemie auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse stieg im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut und deutlich von 815 auf 956 (inkl. Massenrekurs mit 59 Eingängen). Die Erledigungen konnten trotz der Lockdown-bedingten Verschiebung von Augenscheinterminen in 79 Verfahren von 745 auf 884 gesteigert werden. Die Pendenzen stiegen per Ende Jahr auf einen Stand von 701 Geschäften (Vorjahr: 629). Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) belief sich im Berichtsjahr auf 3,6 Monate (Vorjahr: 3,7 Monate). Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten (§ 339a PBG) wurden 90 % der Verfahren erledigt (Vorjahr: 92 %).

Bei einem Aufwand von 5,25 Mio. (Vorjahr: 5,33 Mio.) Franken und einem Ertrag von 1,93 Mio. (Vorjahr: 1,94 Mio.) Franken ergab sich ein Negativsaldo von 3,32 Mio. (Vorjahr: 3,39 Mio.) Franken, was zu Fallkosten von Fr. 3'760.- (Vorjahr: Fr. 4'455.-) führte.

Kaspar Plüss trat per 31. Januar 2020 als Baurichter und Vizepräsident der 3. Abteilung zurück. Mit Plenarbeschluss vom 7. Februar 2020 wurde Roland Fraefel zum neuen Vizepräsidenten ad interim der 3. Abteilung gewählt. Mit Beschlüssen vom 27. Mai und 5. Juni 2020 konstituierte sich das Baurekursgericht für die zweite Hälfte der Amtsdauer 2017–2023 neu bzw. besetzte das Vizepräsidium der 3. Abteilung neu. Mit Plenarbeschluss vom 31. August 2020 wurde der am 17. August 2020 vom Kantonsrat als ordentlicher Richter und Nachfolger des zurückgetretenen Kaspar Plüss gewählte Daniel Willi zum Mitglied der 2. Abteilung gewählt.

Im juristischen Sekretariat war im Berichtsjahr eine Neuanstellung zu verzeichnen.

Auf der Website des Baurekursgerichts (www.baurekursgericht-zh.ch) stehen der Öffentlichkeit neben allgemeinen Informationen aktuelle Entscheide und eine Entscheidungsdatenbank mit Urteilen ab 1990 zur Einsicht offen.

3. Geschäftsgang des Steuerrekursgerichts

Die Anzahl der neu eingegangenen Rechtsmittel lag im Berichtsjahr mit 592 Geschäften deutlich höher als im Vorjahr (538), indes weiterhin unter dem Planungswert von 630 Geschäften.

Angestiegen ist die Anzahl der Eingänge vor allem in den Hauptrechtsgebieten:

Direkte Bundessteuer von 197 auf 242

Staats- und Gemeindesteuern von 256 auf 283

Grundsteuern von 44 auf 52

Zurückgegangen ist die Anzahl der Eingänge hingegen in den übrigen Rechtsgebieten:

Quellensteuer von 14 auf 6

Steuerbefreiung von 6 auf 2

Verrechnungssteuer von 4 auf 0

Erbschafts- und Schenkungssteuern von 6 auf 1

Wehrpflichtersatz von 11 auf 3

Erledigt wurden im Berichtsjahr 584 Geschäfte, beinahe dem Vorjahreswert (586) entsprechend, indes deutlich unter dem Planungswert von 660 Geschäften. Die Anzahl der per Jahresende pendenten Geschäfte stieg im Vergleich zum Vorjahr (436) nur geringfügig um 1,5 % auf 444 Geschäfte und entsprach damit weitestgehend dem Planungswert (440 Geschäfte). Insbesondere Verzögerungen bei den Amtsantritten der neu gewählten Richterschaft führten zu einem Beschäftigungsumfang von lediglich 15,6 Stellen (Planung: 16,1 Stellen). Zudem stand die Ressourcenbindung für die unerwartete Rekrutierung und Einarbeitung neuer Gerichtsschreibender sowie der weiterhin deutlich unter den Erwartungen liegende Beitrag der Ersatzrichterschaft einer noch höheren Erledigungsquote entgegen.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) verringerte sich auf 8,9 Monate (Vorjahr: 9,6 Monate), wobei mit rund 48,6 % mehr Verfahren als im Vorjahr (rund 45 %) innert 6 Monaten erledigt wurden. Die durchschnittlichen Nettokosten pro Fall erhöhten sich – bei fast gleichbleibender Anzahl Geschäftserledigungen – trotz Einsparungen im Personalkostenbereich insbesondere aufgrund eines hohen Wertberichtigungsbedarfs bei den Gerichtskostenforderungen gepaart mit Mindererträgen als Folge geringerer durchschnittlicher Streitwerte der abgerechneten Geschäfte von Fr. 3'266.- auf Fr. 3'915.-.

Unter www.strgzh.ch stehen die wesentlichen Kammer- und Einzelrichterentscheide des Steuerrekursgerichts bzw. der vormaligen Steuerrekurskommissionen ab 01.01.2009 zur Verfügung. Frühere oder nicht publizierte Entscheide können beim Steuerrekursgericht bestellt werden.

Verwaltungsgericht

1. Bericht

1.1 Wahlen/Anstellungen/Austritte

Der Kantonsrat wählte am 14. Mai 2020 Dr. iur. André Moser für den zu 50 % zurückgetretenen Dr. iur. Lukas Widmer mit einem zusätzlichen Pensum von 50 % als Mitglied des Verwaltungsgerichts (bisher 50 %, neu 100 %).

Am 23. September 2020 wählte der Kantonsrat Dr. iur. Kaspar Plüss als Ersatzmitglied für den per 31. Dezember 2019 zurückgetretenen Dr. iur. Michael Beusch. Weiter wählte der Kantonsrat am 23. November 2020 Dr. iur. Arthur Brunner als Ersatzmitglied für den per 30. April 2020 als Ersatzmitglied zurückgetretenen Dr. iur. Martin Bertschi.

Das Plenum wählte mit Wirkung ab 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2022 als Präsidenten lic. iur. Andreas Frei, als 1. Vizepräsidentin Dr. iur. Tamara Nüssle, als 2. Vizepräsidenten Dr. iur. Rudolf Bodmer und als 3. Vizepräsidentin Dr. iur. Maja Schüpbach Schmid. Weiter teilte das Plenum für den Rest der Amtsdauer Dr. iur. André Moser als teilamtliches Mitglied mit einem Pensum von 50 % der 1. Abteilung zu.

Bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern waren im Berichtsjahr folgende Ein- und Austritte zu verzeichnen:

	Eintrittsdatum	Abteilung	Beschäftigungsgrad
Henseler David, Dr. iur.	01.01.2020	4.	100 %
	Austrittsdatum	Abteilung	Beschäftigungsgrad
Haselbach Katharina, MLaw	31.07.2020	2.	30 %
Kühne Daniela, Dr. iur.	30.11.2020	1.	60 %

In der Zentralkanzlei waren im Berichtsjahr folgende Ein- und Austritte zu verzeichnen:

	Eintrittsdatum	Beschäftigungsgrad
Seger Anne-Sophie, Verwaltungssekretärin (befristet)	01.01.2020	50–80 %
Pekerman Robin, Informatikspezialist	01.06.2020	80 %
Lüscher Vanja, Verwaltungssekretärin	01.08.2020	80 %
Lo Pumo Danilo, Verwaltungssekretär	15.09.2020	50 %
Veit Karin, Verwaltungssekretärin	15.11.2020	60 %
	Austrittsdatum	
Seger Anne-Sophie, Verwaltungssekretärin	31.07.2020	80 %
Haab Verena, Verwaltungssekretärin	30.09.2020	60 %
Reichmuth Rita, Verwaltungssekretärin	31.10.2020	80 %

Für Isabel Espinosa, die am 14. August 2020 ihr erstes Lehrjahr als Kauffrau beendete, trat am 19. August 2020 Kim Glaus ein, welche beim Verwaltungsgericht ihr zweites Lehrjahr absolviert.

Der durchschnittliche Personalbestand nahm im Berichtsjahr (im Vergleich zum Vorjahr) von 35,9 Stellen auf 38,8 Stellen zu. Der Stellenplan, der für das Berichtsjahr 37,6 Stellen vorsah, wurde um rund 120 Stellenprozent überschritten. Diese Überschreitung ergab sich unter anderem durch krankheitsbedingte Ausfälle, welche mit befristeten Stellen oder mit diversen temporären Erhöhungen des Beschäftigungsgrades beim juristischen und administrativen Personal überbrückt werden mussten.

1.2 Bestand/Zusammensetzung

Aufgrund der Plenarbeschlüsse vom 5. April 2016 und 2. Juli 2019 sowie weiterer Beschlüsse über die personelle Zuordnung der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber und der administrativen Kanzleien setzte sich das Verwaltungsgericht am 31. Dezember 2020 wie folgt zusammen:

Gerichtspräsident

Frei Andreas, lic. iur.

Verwaltungskommission

Vorsitz: Präsident Frei Andreas, lic. iur.
Mitglieder: 1. Vizepräsidentin Nüssle Tamara, Dr. iur.
2. Vizepräsident Bodmer Rudolf, Dr. iur.
3. Vizepräsidentin Schüpbach Schmid Maja, Dr. iur.
Verwaltungsrichterin Wintsch Sandra, Dr. iur.

Konsultativkommission

Präsident: Häggi Furrer Reto, Dr. iur.
Mitglieder: Hunziker Silvia, Dr. iur.
Hauser Matthias, lic. iur.
Wintsch Sandra, Dr. iur.

1. Abteilung

Abteilungspräsidium: Widmer Lukas, Dr. iur. (50 %)
Schüpbach Schmid Maja, Dr. iur. (50 %)
Mitglieder: Sprenger Peter, lic. iur. (50 %)
Moser André, Dr. iur. (50 %)
Wintsch Sandra, Dr. iur. (50 %)
Leitende
Gerichtsschreiberin: Meier Regina, Dr. iur. (80 %)

Gerichtsschreiber/innen: Diener Laura Katharina, Dr. iur. (100 %)
Krause José, Dr. iur. (70 %)
Bürgin Nicole, MLaw (50 %)
Alig Jonas, MLaw (80 %)

Administrative Kanzlei: Vogel Natalie (70 %)
Muggli Clavadetscher Karin (60 %)
Glaus Kim (Lernende)

2. Abteilung

Abteilungspräsident: Frei Andreas, lic. iur. (100 %)

Mitglieder: Trachsel Elisabeth, Dr. iur. (50 %)
Hunziker Silvia, Dr. iur. (50 %)
Sobotich Viviane, Dr. iur. (50 %)

Leitende/r

Gerichtsschreiber/in: Mayer-Knobel Jsabelle, MLaw (50 %)
Blocher Felix, lic. iur. (50 %)

Gerichtsschreiber/innen: Blocher Felix, lic. iur. (30 %)
Rindlisbacher Linda, MLaw (80 %)
Aellen Nicole, MLaw (80 %)
Bigler Corinna, M.A. HSG (100 %)

Administrative Kanzlei: Weber Corinne (70 %)
Kälin Judith (30 %)

3. Abteilung

Abteilungspräsident: Bodmer Rudolf, Dr. iur. (100 %)

Mitglieder: Moser André, Dr. iur. (50 %)
Hauser Matthias, lic. iur. (50 %)
Hunziker Silvia, Dr. iur. (50 %)

Leitender

Gerichtsschreiber: Bienz Cyrill, lic. iur. (100 %)

Gerichtsschreiber/innen: Söllner Tropeano Cyrielle, lic. iur. (60 %)
Zehnder Rahel, M.A. HSG (100 %)
Moser Cornelia, MLaw (90 %)
Bürgin Nicole, MLaw (50 %)
Weber Yannick, MLaw (50 %)

Administrative Kanzlei: Studer-Kränzlin Ingrid (70 %)
Kälin Judith (30 %)

4. Abteilung

Abteilungspräsidentin:	Nüssle Tamara, Dr. iur. (100 %)
Mitglieder:	Donatsch Marco, Dr. iur. (50 %) Häggi Furrer Reto, Dr. iur. (50 %) Bertschi Martin, Dr. iur. (50 %)
Leitende	
Gerichtsschreiberinnen:	Heierle Eva, MLaw (40 %) Güntert Sonja, MLaw (60 %)
Gerichtsschreiber/innen:	Altherr Müller Alexandra, lic. iur. (20 %) Eggenberger Viviane, lic. iur. (60 %) Raess Christoph, Dr. iur. (100 %) Henseler David, Dr. iur. (100 %)
Administrative Kanzlei:	Jent Rahel (100 %)

Alle Mitglieder verfügen auch über die Kompetenz als Einzelrichter beziehungsweise als Einzelrichterin.

Besetzung bei Anfechtung von Erlassen gemäss § 38a VRG

Ist bei der Anfechtung von Erlassen ein Rechtsgebiet betroffen, das in die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts fällt, wird die Beschwerde der für dieses Rechtsgebiet zuständigen Abteilung zur Behandlung zugewiesen. Der Abteilungspräsident oder die Abteilungspräsidentin ergänzt die Besetzung – soweit erforderlich – mit den übrigen Mitgliedern der Verwaltungskommission bzw. deren Stellvertretern oder Stellvertreterinnen im Turnus ihres Amtesalters. Als Referent oder Referentin kann auch ein Ersatzmitglied bestimmt werden.

Bei Entscheiden über Erlasse aus den Bereichen des Privat-, Straf- oder Sozialversicherungsrechts, wo § 38a Abs. 2 lit. a und b VRG die Mitwirkung von zwei Mitgliedern des Obergerichts bzw. des Sozialversicherungsgerichts verlangen, führt in der Regel der Gesamtgerichtspräsident oder die Gesamtgerichtspräsidentin den Vorsitz und bestimmt den Referenten oder die Referentin. Den Gerichtsschreiber oder die Gerichtsschreiberin bestimmt er oder sie nach Rücksprache mit dem Referenten oder der Referentin, falls es sich dabei um ein Mitglied des Obergerichts oder des Sozialversicherungsgerichts handelt. Ferner bestimmt der Gesamtgerichtspräsident oder die Gesamtgerichtspräsidentin die beiden anderen Mitglieder des Verwaltungsgerichts aus dem Kreis der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen bzw. deren Stellvertreter oder Stellvertreterinnen.

Zentralkanzlei

Generalsekretärin:	Eigensatz Lucia, lic. iur. (100 %)
Stv. Generalsekretärin:	Altherr Müller Alexandra, lic. iur. (40 %)
Rechnungssekretärin:	Knechtli Marlen (100 %)
Informatikspezialist:	Pekerman Robin (80 %)
Verwaltungssekretariat:	Lienhard Schütz Gertrud (100 %)
	Kubli Manuela (80 %)
	Zimmermann Michaela (80 %)
	Känzig Sandra (80 %)
	Lüscher Vanja (80 %)
	Lo Pumo Danilo (50 %)
	Veit Karin (60 %)

Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter

Vom Kantonsrat gewählte:

Greter Marco, Dr. iur., Steuerberater
Fässler Bruno, Dr. iur., Leiter des Rechtsdiensts des Steueramts der Stadt Zürich
Morgenbesser Mischa, Dr. iur., Rechtsanwalt
Schweikert Daniel, lic. iur., Gerichtsschreiber am Baurekursgericht Zürich
Kessler Coendet Franz, Dr. iur., Gerichtsschreiber am Bundesgericht
Plüss Kaspar, Dr. iur., stv. Rechtskonsulent der Stadt Zürich

Vom Kantonsrat auf Vorschlag des Verwaltungsgerichts gewählte:

Mäder Christian, Dr. iur., Präsident des Steuerrekursgerichts
Egloff Martin Irene, lic. iur., Rechtsanwältin
Niedermann Beryl, lic. iur., Rechtsanwältin
Egli Patricia, Dr. iur., Professorin
Tschirky Nicole, lic. iur., Rechtsanwältin
Brunner Arthur, Dr. iur., Gerichtsschreiber am Bundesgericht (Amtsantritt 01.01.2021)

Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte

Vom Verwaltungsgericht delegierte Mitglieder:

1. Vizepräsidentin Nüssle Tamara, Dr. iur.
 2. Vizepräsident Bodmer Rudolf, Dr. iur.
 3. Vizepräsidentin Schüpbach Schmid Maja, Dr. iur.
- Verwaltungsrichterin Wintsch Sandra, Dr. iur.

Gerichtspräsident lic. iur. Andreas Frei ist als Mitglied der Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte von Amts wegen im Plenarausschuss vertreten.

1.3 Zuständigkeitsbereiche

1. Beschwerden und Rekurse gegen Anordnungen in folgenden Rechtsgebieten:

1. Abteilung

- Administrativmassnahmen im Strassenverkehr
- Beschaffungswesen
- Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht (ohne planungsrechtliche Festlegungen und baurechtliche Bewilligungen ausserhalb der Bauzone)
- Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

2. Abteilung

- Abgaben (Wehrpflichtersatz)
- Niederlassung/Aufenthalt (ohne Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)
- Steuern

3. Abteilung

- Abgaben (ohne Steuern)
- Anwaltsrecht (ohne Prüfungen)
- Baurechtliche Bewilligungen ausserhalb der Bauzone
- Bevölkerungsschutz
- Energie
- Enteignung
- Fürsorge
- Gesundheit
- Gewaltschutz
- Tierschutz
- Planungsrechtliche Festlegungen einschliesslich Sondernutzungspläne
- Polizei (ohne Administrativmassnahmen im Strassenverkehr)
- Straf- und Massnahmenvollzug
- Strassen
- Verkehr
- Wasserwirtschaft

4. Abteilung

- Bildung einschliesslich Anwaltsprüfungen
- Bürgerrecht
- Finanzhaushalt
- Finanzausgleich und Staatsbeiträge
- Forstwesen, Jagd, Fischerei, Industrie und Gewerbe, Handel, Kredit
- Gebäudeversicherung
- Handelsregister
- Kultur

- Landwirtschaft
- Niederlassung/Aufenthalt (ohne Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)
- Personalrecht
- Politische Rechte
- Zivilstandswesen

2. Für die Behandlung von Beschwerden gegen Erlasse ist diejenige Abteilung zuständig, die für Rechtsmittel bei Anwendung des betreffenden Erlasses zuständig ist.

3. Für die Behandlung von Klagen ist diejenige Abteilung zuständig, die sich mit der Behandlung von Beschwerden im betreffenden Rechtsbereich befasst.

4. Bleibt die Zuteilung eines Falls nach den vorstehenden Kriterien zweifelhaft, sprechen sich die Vorsitzenden der in Betracht fallenden Abteilungen ab; bleibt dies ergebnislos, entscheidet der Präsident oder die Präsidentin über die Zuteilung. Bei Beschwerden ist in Zweifelsfällen in erster Linie mitzuberücksichtigen, welche Behörde als Vorinstanz entschieden hat (Zuständigkeitsbereich der betreffenden kommunalen oder kantonalen Amtsstelle bzw. der betreffenden Direktion); ferner ist zu berücksichtigen, ob es sich beim Anfechtungsobjekt um eine Bewilligung, planungsrechtliche Festlegung, Beschaffung oder finanzielle Leistung handelt.

5. Seit 15. September 2015 gilt am Verwaltungsgericht folgende von der Plenarversammlung beschlossene Regel: Wenn eine Abteilung überlastet ist, helfen die anderen Abteilungen personell aus; im Interesse des Beschleunigungsgebots können einzelne Rechtsgebiete vorübergehend auch in die Kompetenz einer anderen Abteilung fallen, wofür es der vorherigen Zustimmung je der Mehrheit der Mitglieder der betroffenen Abteilung bedarf. Vorbehalten bleibt ein abweichender Beschluss des Plenums.

1.4 Geschäftsgang

Das Gesamtgericht führte im Berichtsjahr vier Plenarversammlungen durch, welche insbesondere der Meinungsbildung für einen Vorschlag zur Wahl eines Ersatzmitglieds, für einen Grundsatzentscheid bezüglich neuer Liegenschaft und zum Antrag betreffend Erhöhung der Richterstellen dienten. Das Gericht bewilligte das Betriebskonzept für das Verwaltungsgericht und konstituierte sich aufgrund des Teilrücktritts von Dr. iur. Lukas Widmers neu. Weiter informierte sich das Plenum über das aktuelle IT-Umfeld und befasste sich mit Digitalisierungsfragen. Die Geschäfte wurden in Sitzungen oder Videokonferenzen und im Übrigen auf dem Zirkularweg erledigt.

Die Verwaltungskommission behandelte die ihr übertragenen Geschäfte an 25 Sitzungen (Vorjahr: 23). Sie befasste sich mit verschiedenen Vorlagen und Personalgeschäften, wobei sie nebst der Vorbereitung der Plenarbeschlüsse insbesondere

- als Aufsichtskommission verschiedene Geschäfte die unterstellten Gerichte betreffend behandelte;
- diverse Entscheide im Zusammenhang mit den gerichtsinternen Massnahmen aufgrund der Corona-Pandemie fällte;
- ein Schutzkonzept Covid-19 für öffentliche Verhandlungen beschloss;
- ein Homeoffice-Reglement für Mitarbeitende im Rahmen der Pandemievorsorgeplanung und hernach für den regulären Betrieb erliess;
- in Workshops die Voraussetzungen für eine gelingende digitale Transformation des Verwaltungsgerichts erarbeitete;
- diverse Stellungnahmen im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren verabschiedete.

Die **vier Abteilungen des Verwaltungsgerichts** erledigten in 171 Kammersitzungen und in 370 Sitzungen der Einzelrichterinnen beziehungsweise der Einzelrichter (Vorjahr: 150 Kammersitzungen und 327 Sitzungen der Einzelrichterinnen beziehungsweise der Einzelrichter) 1'142 Geschäfte. Die Art der Erledigung ist aus dem nachfolgenden Statistikteil ersichtlich.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 4,8 Monate (Vorjahr: 4,7 Monate), wobei 78 % (Vorjahr: 76 %) der Verfahren innert 6 Monaten erledigt wurden (Ziel 80 %). Bei 1'116 Eingängen (Vorjahr: 1'030) wurden 1'142 Fälle (Vorjahr: 1'000) erledigt. Die Fallkosten von Fr. 6'833.- blieben gegenüber dem Vorjahr praktisch gleich (Vorjahr: Fr. 6'831.-).

1.5 Anfechtung vor Bundesgericht

364 Entscheide (von 1'142 Erledigungen) des Verwaltungsgerichts aus dem Berichtsjahr wurden mit Beschwerde beim Bundesgericht angefochten (Stand: 15.03.2021). Davon wurden 86 abgewiesen, 13 gutgeheissen, 0 durch Rückzug oder Gegenstandslosigkeit erledigt abgeschlossen und 9 Fälle in der Sache zurückgewiesen. Auf 72 Beschwerden trat das Bundesgericht nicht ein. Die übrigen 184 Fälle sind am Bundesgericht noch pendent. Die Art der Erledigung von Rechtsmitteln gegen frühere Entscheide des Verwaltungsgerichts ist aus der tabellarischen Übersicht unter Ziff. 3.5 ersichtlich. Aus den Vorjahren wurden insgesamt 81 Fälle im Berichtsjahr erledigt.

1.6 Finanzielle Entwicklung (Erfolgsrechnung, Fallkostenentwicklung)

Bei einem Aufwand von 10,3 Mio. Franken (Vorjahr: 9,4 Mio.) und einem leicht tieferen Ertrag von 2,5 Mio. (Vorjahr: 2,6 Mio.) Franken ergab sich ein Saldo von 7,8 Mio. (Vorjahr: 6,8 Mio.) Franken, was zu Fallkosten¹ von Fr. 6'833.- (Vorjahr: Fr. 6'831.-) führte. Die Fall-

kosten erhöhten sich nur minimal aufgrund einer höheren Anzahl Erledigungen und eines höheren Saldos der Erfolgsrechnung (1,0 Mio. Franken höher als im Vorjahr). Eine ausführliche Kommentierung der finanziellen Situation findet sich in «Geschäftsbericht und Rechnung 2020» des Regierungsrats (Rechtspflege, Buchungskreis 9063).

¹ Fallkostenberechnung 2020: Saldo der Erfolgsrechnung von Fr. 7'803'800.- dividiert durch 1'142 Erledigungen

1.7 Aufsicht über die unteren Instanzen

Die Verwaltungskommission führte anstelle eines Rapports mit dem Bau- und dem Steuerrekursgericht aufgrund der Corona-Pandemie im Berichtsjahr einen schriftlichen Austausch über die Rechnung 2019 und das Budget 2021 durch. Ihre Referenten visitierten die beiden Gerichte und führten auch die Zielvereinbarungs- und Mitarbeiterbeurteilungsgespräche mit den Präsidenten. Die Verwaltungskommission genehmigte die Budget- und KEF-Anträge des Bau- und des Steuerrekursgerichts.

2. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die **Verwaltungskommission der Gerichte** konstituierte sich per 1. Juli 2020 für die Amtsdauer 2020–2022 mit Dr. iur. Hans-Jakob Mosimann, Präsident des Sozialversicherungsgerichts, als Präsident und lic. iur. Martin Langmeier, Präsident des Obergerichts, als Vizepräsident und delegierte Remo Graf, Personalchef des Obergerichts, als Vertreter der Gerichte in das Projekt «Anstellungsbedingungen» der Finanzdirektion. Sie beantwortete im Berichtsjahr die Anfrage von Kantonsrat Hans-Peter Amrein vom 2. November 2020 betr. «Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber ohne schweizerische Staatsbürgerschaft» (KR-Nr. 406/2020) und erstattete in verschiedenen Angelegenheiten der Finanzdirektion und der Justizdirektion Mitbericht oder verzichtete auf einen solchen. Der bis Mitte des Berichtsjahres amtierende Präsident lic. iur. Andras Frei führte sodann mit Baudirektor Martin Neukomm ein Gespräch, um die Arbeiten an der gemeinsamen Verordnung in Bausachen gemäss § 68 Abs. 2 des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess wieder anzustossen. Die Geschäfte wurden in einer Videokonferenz und im Übrigen auf dem Zirkularweg erledigt.

Der **Plenarausschuss der Gerichte** delegierte Verwaltungsrichter lic. iur. Andreas Frei in den Begleitenden Ausschuss der Finanzkontrolle gemäss § 4 Finanzkontrollgesetz.

3. Statistiken des Verwaltungsgerichts

3.1 Geschäftsübersicht nach Rechtsmittelarten

	Übertrag vom Vorjahr		Eingegangen		Total		Erledigt durch Kammer		Erledigt durch Einzelrichtende		Pendent	
	2019	2018	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019
Verwaltungsgerichtliche Beschwerden	367	321	913	861	1280	1182	522	473	415	342	343	367
Steuerbeschwerden	46	40	120	128	166	168	75	67	66	55	25	46
Steuerrekurse	5	12	35	11	40	23	12	14	15	4	13	5
Gerichtliche Beurteilungen von Steuerbussen	0	10	9	3	9	13	2	0	2	13	5	0
Verwaltungsrechtliche Klagen	3	6	1	3	4	9	3	4	1	2	0	3
Verwaltungsrechtliche Rekurse	1	3	3	3	4	6	1	3	1	2	2	1
Revisionsgesuche	0	0	5	5	5	5	1	1	3	4	1	0
Erläuterungsgesuche	0	0	3	2	3	2	1	1	2	1	0	0
Aufsichtsbeschwerden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Akteneinsichtsgesuche	0	1	2	1	2	2	0	0	2	2	0	0
Anfechtung von Erlassen (Abstrakte Normenkontrolle)	1	2	22	3	23	5	12	3	2	1	9	1
Kostenerlasse	2	0	3	9	5	9	0	0	4	7	1	2
Feststellung der Nachzahlungspflicht	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Gesamttotal	425	395	1116	1030	1541	1425	629	567	513	433	399	425

Grafische Darstellung siehe Seite 30.

3.2 Geschäftsübersicht nach Rechtsgebieten

	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
	2019				
Allgemeines Verwaltungsrecht					
Finanzausgleich und Staatsbeiträge	0	3	3	2	1
Bürgerrecht	0	7	7	5	2
Niederlassung, Aufenthalt	113	291	404	317	87
Wegweisung	0	0	0	0	0
Handelsregister	0	12	12	10	2
Straf- und Massnahmenvollzug	20	51	71	60	11
Ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen	2	55	57	56	1
Gewaltschutz	1	21	22	20	2
Bildung	5	38	43	32	11
Polizei	7	13	20	15	5
Abgaben (ohne Steuern)	9	8	17	13	4
Beschaffungswesen	19	62	81	56	25
Administrativmassnahmen SVG	5	21	26	18	8
Gesundheit	4	5	9	7	2
Fürsorge	24	75	99	69	30
Landwirtschaft	0	1	1	1	0
Forstwesen, Jagd, Fischerei	0	1	1	0	1
Volkswirtschaft	1	0	1	1	0
Zivilstandswesen	3	3	6	5	1
Tierschutz	2	6	8	6	2
Anwaltsrecht	3	21	24	11	13
Politische Rechte	2	9	11	10	1
Informationszugang IDG	2	15	17	11	6
Gebäudeversicherung	2	0	2	2	0
Abgaben (Wehrpflichtersatz)	0	1	1	0	1
Verschiedenes	4	20	24	19	5
Total	228	739	967	746	221

	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
	2019				
Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht					
Nutzungsplanungen	11	8	19	8	11
Quartierpläne	3	1	4	4	0
Denkmalschutzmassnahmen	6	19	25	12	13
Baurechtliche Bewilligungen	79	109	188	119	69
Sanierungen	3	0	3	3	0
Baulinien	1	0	1	0	1
Strassenprojekte	7	4	11	8	3
Verschiedenes	10	5	15	10	5
Total	120	146	266	164	102
Steuerrecht					
Staatssteuern	20	58	78	67	11
Nachsteuern und Steuerhinterziehung Staatssteuern	0	18	18	9	9
Steuererlass Staatssteuern	5	13	18	16	2
Steuerbezug Staatssteuern	2	4	6	4	2
Allgemeine Gemeindesteuern	0	0	0	0	0
Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern	3	8	11	9	2
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0	1	1	1	0
Direkte Bundessteuer	18	39	57	49	8
Nachsteuern und Steuerhinterziehung Direkte Bundessteuer	0	16	16	9	7
Steuererlass Direkte Bundessteuer	3	5	8	6	2
Steuerbezug Direkte Bundessteuer	0	0	0	0	0
Verschiedenes	0	3	3	3	0
Total	51	165	216	173	43

	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
	2019				
Personalrecht					
Auflösung des Arbeitsverhältnisses	14	20	34	24	10
Forderung aus Arbeitsverhältnis	3	16	19	9	10
Gleichstellung	0	0	0	0	0
Verschiedenes	4	1	5	4	1
Total	21	37	58	37	21
Ursprüngliche Verwaltungs- rechtspflege	1	0	1	1	0
Enteignungsrecht					
Formelle Enteignungen und Beiträge	1	2	3	1	2
Materielle Enteignungen	0	0	0	0	0
Total	1	2	3	1	2
Akteneinsichtsgesuche	0	2	2	2	0
Anfechtung von Erlassen (Abstrakte Normenkontrolle)					
Abgaben (ohne Steuern)	0	0	0	0	0
Bildung	1	5	6	3	3
Gesundheit	0	14	14	9	5
Verschiedenes	0	3	3	2	1
Total	1	22	23	14	9
Kostenerlass	2	3	5	4	1
Feststellung der Nach- zahlungspflicht	0	0	0	0	0
Gesamttotal	425	1116	1541	1142	399

Grafische Darstellung siehe Seite 30.

3.3 Geschäftsübersicht nach Erledigungsart

	Anzahl	Nicht-eintreten	Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	Abweisung	Gutheissung materielle gänzliche	teilweise	Rückweisung	Verurteilung	Freispruch
Allgemeines Verwaltungsrecht									
Finanzausgleich und Staatsbeiträge	2	0	0	0	1	1	0	0	0
Bürgerrecht	5	1	0	2	1	1	0	0	0
Niederlassung, Aufenthalt	317	26	8	169	65	39	10	0	0
Wegweisung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Handelsregister	10	3	3	2	2	0	0	0	0
Straf- und Massnahmenvollzug	60	13	2	31	2	9	3	0	0
Ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen	56	1	18	17	17	2	1	0	0
Gewaltschutz	20	3	1	7	1	5	3	0	0
Bildung	32	3	1	19	8	1	0	0	0
Polizei	15	6	1	4	2	2	0	0	0
Abgaben (ohne Steuern)	13	0	0	10	1	2	0	0	0
Beschaffungswesen	56	10	21	15	3	1	6	0	0
Administrativmassnahmen SVG	18	1	0	14	2	0	1	0	0
Gesundheit	7	2	0	5	0	0	0	0	0
Fürsorge	69	14	1	29	4	11	10	0	0
Landwirtschaft	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Forstwesen, Jagd, Fischerei	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Volkswirtschaft	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Zivilstandswesen	5	1	0	2	0	2	0	0	0
Tierschutz	6	2	0	4	0	0	0	0	0
Anwaltsrecht	11	0	7	3	1	0	0	0	0
Politische Rechte	10	1	0	4	2	3	0	0	0
Informationszugang IDG	11	4	0	2	1	3	1	0	0
Gebäudeversicherung	2	0	0	1	0	1	0	0	0
Abgaben (Wehrpflichtersatz)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	19	5	1	9	3	1	0	0	0
Total	746	97	64	350	116	84	35	0	0

	Anzahl	Nicht-eintreten	Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	Abweisung	Gutheissung materielle gänzliche teilweise	Rückweisung	Verurteilung	Freispruch	
Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht									
Nutzungsplanungen	8	1	0	4	1	1	1	0	0
Quartierpläne	4	0	0	2	0	1	1	0	0
Denkmalschutzmassnahmen	12	1	0	10	0	1	0	0	0
Baurechtliche Bewilligungen	119	3	17	67	13	7	12	0	0
Sanierungen	3	0	0	3	0	0	0	0	0
Baulinien	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Strassenprojekte	8	0	0	4	3	0	1	0	0
Verschiedenes	10	2	1	4	2	1	0	0	0
Total	164	7	18	94	19	11	15	0	0
Steuerrecht									
Staatssteuern	67	16	5	30	9	6	1	0	0
Nachsteuern und Steuerhinterziehung Staatssteuern	9	1	0	7	1	0	0	0	0
Steuererlass Staatssteuern	16	2	1	10	2	1	0	0	0
Steuerbezug Staatssteuern	4	1	1	1	1	0	0	0	0
Allgemeine Gemeindesteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern	9	0	0	5	2	1	1	0	0
Erbschafts- und Schenkungssteuern	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Direkte Bundessteuer	49	12	5	20	8	4	0	0	0
Nachsteuern und Steuerhinterziehung Direkte Bundessteuer	9	1	0	7	1	0	0	0	0
Steuererlass Direkte Bundessteuer	6	0	0	5	1	0	0	0	0
Steuerbezug Direkte Bundessteuer	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	3	0	1	1	1	0	0	0	0
Total	173	33	13	87	26	12	2	0	0

	Anzahl	Nicht-eintreten	Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	Abweisung	Gutheissung materielle gänzliche teilweise	Rückweisung	Verurteilung	Freispruch	
Personalrecht									
Auflösung des Arbeitsverhältnisses	24	1	0	15	4	4	0	0	0
Forderung aus Arbeitsverhältnis	9	0	0	5	1	3	0	0	0
Gleichstellung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	4	0	0	1	2	1	0	0	0
Total	37	1	0	21	7	8	0	0	0
Ursprüngliche Verwaltungsrechtspflege									
	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Enteignungsrecht									
Formelle Enteignungen und Beiträge	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Materielle Enteignungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Total	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Akteneinsichtsgesuche	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Anfechtung von Erlassen (Abstrakte Normenkontrolle)									
Abgaben (ohne Steuern)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bildung	3	1	0	1	1	0	0	0	0
Gesundheit	9	0	0	9	0	0	0	0	0
Verschiedenes	2	1	0	1	0	0	0	0	0
Total	14	2	0	11	1	0	0	0	0
Kostenerlass	4	3	0	1	0	0	0	0	0
Feststellung der Nachzahlungspflicht	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal	1142	144	96	564	170	115	53	0	0

Grafische Darstellung siehe Seite 31.

3.4 Verfahrensdauer

3.4.1 Erledigte Geschäfte

Über die Dauer des Verfahrens vom Eingang des Rechtsmittels bis zum Entscheid gibt folgende Tabelle Aufschluss:

	Anzahl	0-3 Monate	>3-6 Monate	>6-12 Monate	>12-24 Monate	>24 Monate
Allgemeines Verwaltungsrecht						
Finanzausgleich und Staatsbeiträge	2	0	2	0	0	0
Bürgerrecht	5	2	3	0	0	0
Niederlassung, Aufenthalt	317	126	118	69	4	0
Wegweisung	0	0	0	0	0	0
Handelsregister	10	6	3	1	0	0
Straf- und Massnahmenvollzug	60	31	18	10	1	0
Ausländerrechtliche Zwangs- massnahmen	56	49	5	2	0	0
Gewaltschutz	20	19	1	0	0	0
Bildung	32	14	15	3	0	0
Polizei	15	5	5	4	1	0
Abgaben (ohne Steuern)	13	1	4	4	2	2
Beschaffungswesen	56	37	16	3	0	0
Administrativmassnahmen SVG	18	11	5	2	0	0
Gesundheit	7	4	0	3	0	0
Fürsorge	69	24	31	7	7	0
Landwirtschaft	1	0	1	0	0	0
Forstwesen, Jagd, Fischerei	0	0	0	0	0	0
Volkswirtschaft	1	0	0	1	0	0
Zivilstandswesen	5	1	4	0	0	0
Tierschutz	6	3	1	1	1	0
Anwaltsrecht	11	2	6	2	1	0
Politische Rechte	10	7	3	0	0	0
Informationszugang IDG	11	6	2	3	0	0
Gebäudeversicherung	2	0	2	0	0	0
Abgaben (Wehpflichtersatz)	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	19	7	6	3	3	0
Total	746	355	251	118	20	2

	Anzahl	0-3 Monate	>3-6 Monate	>6-12 Monate	>12-24 Monate	>24 Monate
Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht						
Nutzungsplanungen	8	0	1	2	5	0
Quartierpläne	4	0	0	1	3	0
Denkmalschutzmassnahmen	12	2	3	6	1	0
Baurechtliche Bewilligungen	119	23	40	40	15	1
Sanierungen	3	0	1	1	1	0
Baulinien	0	0	0	0	0	0
Strassenprojekte	8	1	2	2	3	0
Verschiedenes	10	3	1	3	3	0
Total	164	29	48	55	31	1
Steuerrecht						
Staatssteuern	67	42	19	4	2	0
Nachsteuern und Steuerhinterziehung Staatssteuern	9	7	2	0	0	0
Steuererlass Staatssteuern	16	10	4	2	0	0
Steuerbezug Staatssteuern	4	3	1	0	0	0
Allgemeine Gemeindesteuern	0	0	0	0	0	0
Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern	9	1	7	0	1	0
Erbschafts- und Schenkungssteuern	1	0	1	0	0	0
Direkte Bundessteuer	49	29	14	5	1	0
Nachsteuern und Steuerhinterziehung Direkte Bundessteuer	9	7	2	0	0	0
Steuererlass Direkte Bundessteuer	6	2	3	1	0	0
Steuerbezug Direkte Bundessteuer	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	3	2	1	0	0	0
Total	173	103	54	12	4	0

	Anzahl	0-3 Monate	>3-6 Monate	>6-12 Monate	>12-24 Monate	>24 Monate
Personalrecht						
Auflösung des Arbeitsverhältnisses	24	3	12	7	2	0
Forderung aus Arbeitsverhältnis	9	1	3	3	2	0
Gleichstellung	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	4	0	1	2	1	0
Total	37	4	16	12	5	0
Ursprüngliche Verwaltungsrechtspflege						
	1	0	0	0	1	0
Enteignungsrecht						
Formelle Enteignungen und Beiträge	1	0	0	1	0	0
Materielle Enteignungen	0	0	0	0	0	0
Total	1	0	0	1	0	0
Akteneinsichtsgesuche						
	2	2	0	0	0	0
Anfechtung von Erlassen (Abstrakte Normenkontrolle)						
Abgaben (ohne Steuern)	0	0	0	0	0	0
Bildung	3	2	0	1	0	0
Gesundheit	9	8	1	0	0	0
Verschiedenes	2	1	1	0	0	0
Total	14	11	2	1	0	0
Kostenerlass						
	4	4	0	0	0	0
Feststellung der Nachzahlungspflicht						
	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal	1142	508	371	199	61	3

Grafische Darstellung siehe Seite 31.

Der Versand der schriftlich begründeten Mitteilungen erfolgte durchschnittlich 16 Tage (Vorjahr: 11) nach dem Entscheid.

3.4.2 Hängige Geschäfte

Am 31. Dezember 2020 waren folgende überjährige Geschäfte anhängig:

	länger als 1 Jahr	länger als 2 Jahre
Allgemeines Verwaltungsrecht		
Administrativmassnahmen	2	
Fürsorge	2	
Gesundheit	1	
Anwaltsrecht	1	
Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht		
Nutzungsplanungen	1	1
Baulinien		1
Baurechtliche Bewilligungen	3	3
Verschiedenes	2	1
Steuerrecht		
Staatssteuern	1	1
Direkte Bundessteuer	1	
Personalrecht		
Auflösung des Arbeitsverhältnisses		
Ursprüngliche Verwaltungs- rechtspflege		
Total	14	7
Davon sistiert	4	5

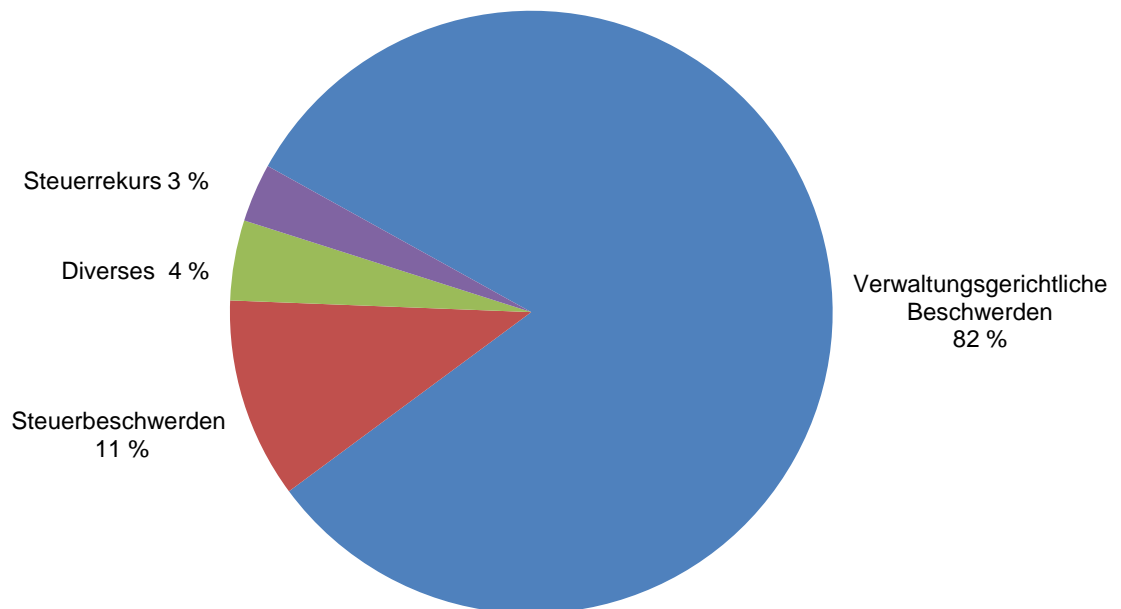
3.5 Anfechtung vor Bundesgericht

364 Entscheide (von 1'142) des Verwaltungsgerichts aus dem Berichtsjahr 2020 sind beim Bundesgericht angefochten worden. Die Art der Erledigung dieser Rechtsmittel sowie derjenigen gegen frühere Entscheide des Verwaltungsgerichts ist aus der nachstehenden Statistik ersichtlich (Stand: 15.03.2021).

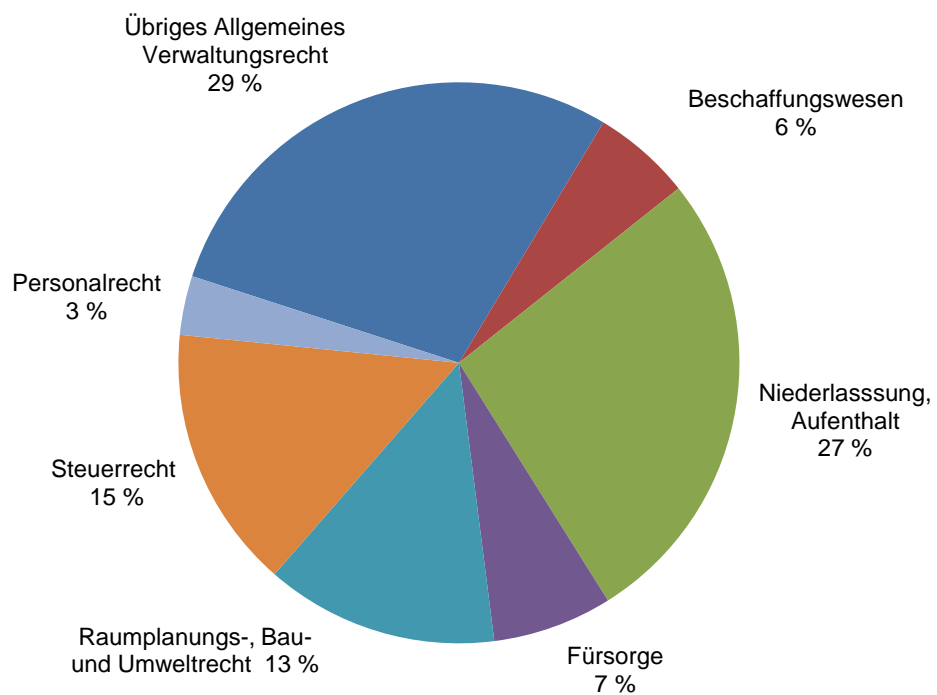
Erledigung durch das Verwaltungsgericht	Anzahl Weiterzüge				Art der Erledigung durch das Bundesgericht (Diese Statistik wird jährlich nachgeführt.)							
	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	Beschwerden in Strafsachen	Beschwerden in Zivilsachen	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	Rückzug Gegenstandslosigkeit	Nichteintreten	Abweisung	Gutheisung ohne Rückweisung	Teilweise Gutheisung ohne Rückweisung	Gutheisung mit Rückweisung	Teilweise Gutheisung mit Rückweisung	Pendent
2017	246	10	0	3	5	72	133	13	8	20	8	0
2018	276	12	3	6	11	82	166	10	9	13	5	1
2019	253	7	3	0	7	96	114	15	5	13	2	11
2020	340	15	4	5	0	72	86	10	3	7	2	184

4. Grafische Darstellungen des Verwaltungsgerichts

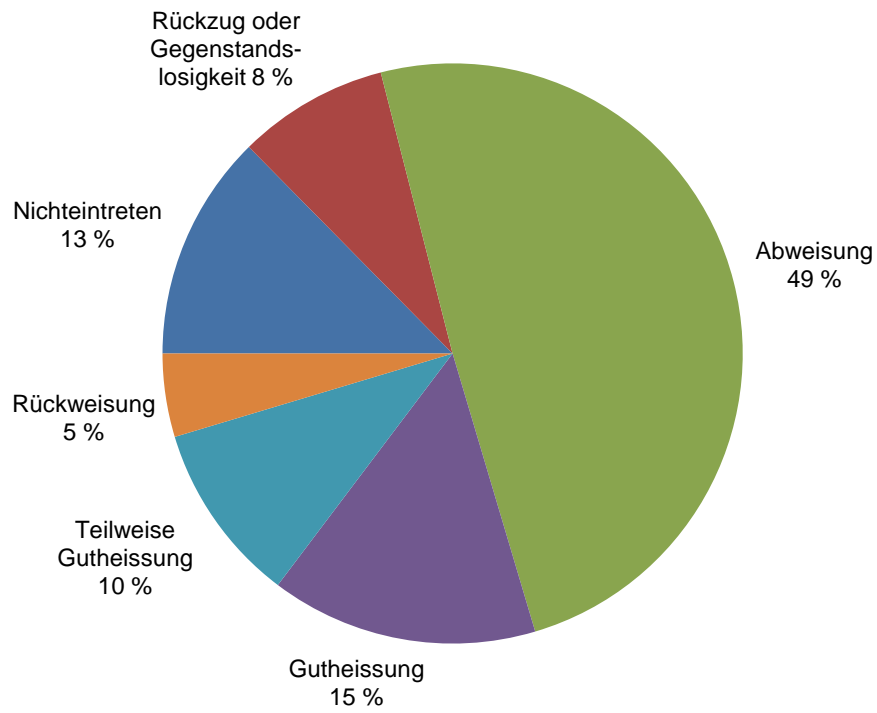
4.1 Eingänge nach Rechtsmittelarten



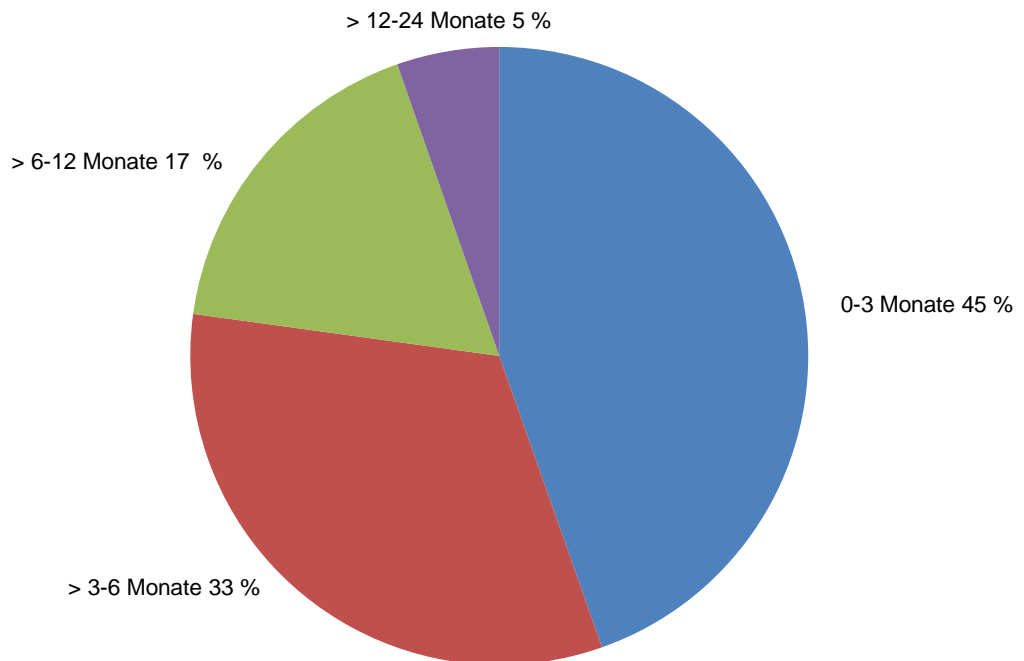
4.2 Eingänge nach Rechtsgebieten



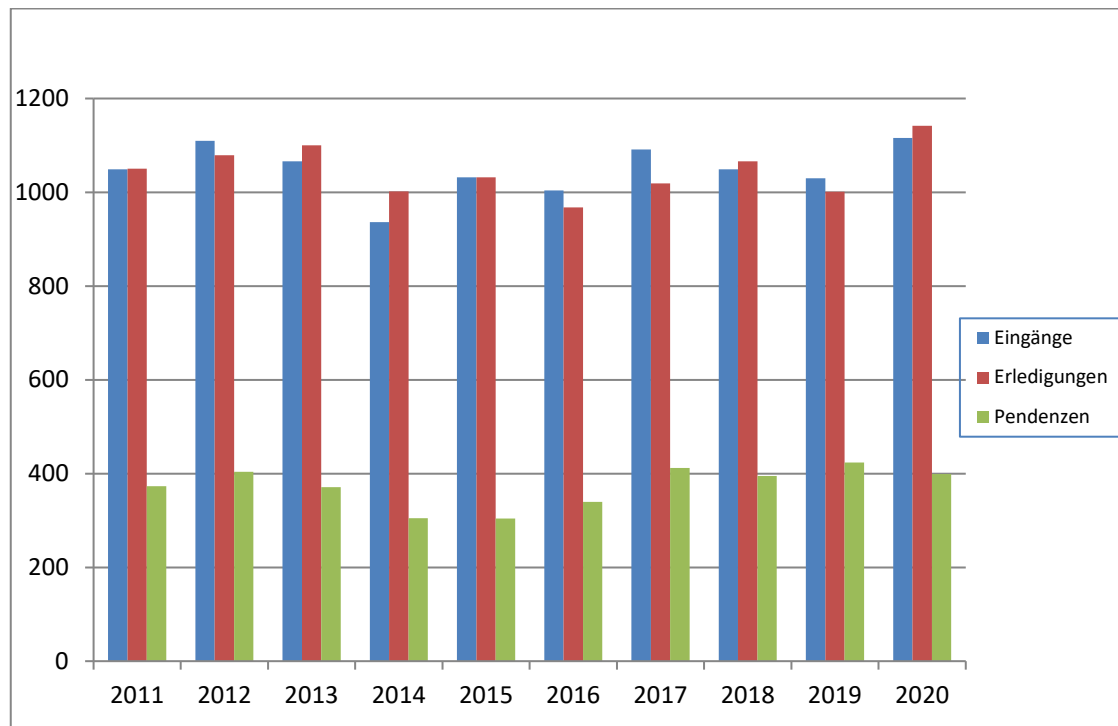
4.3 Erledigungsart



4.4 Verfahrensdauer

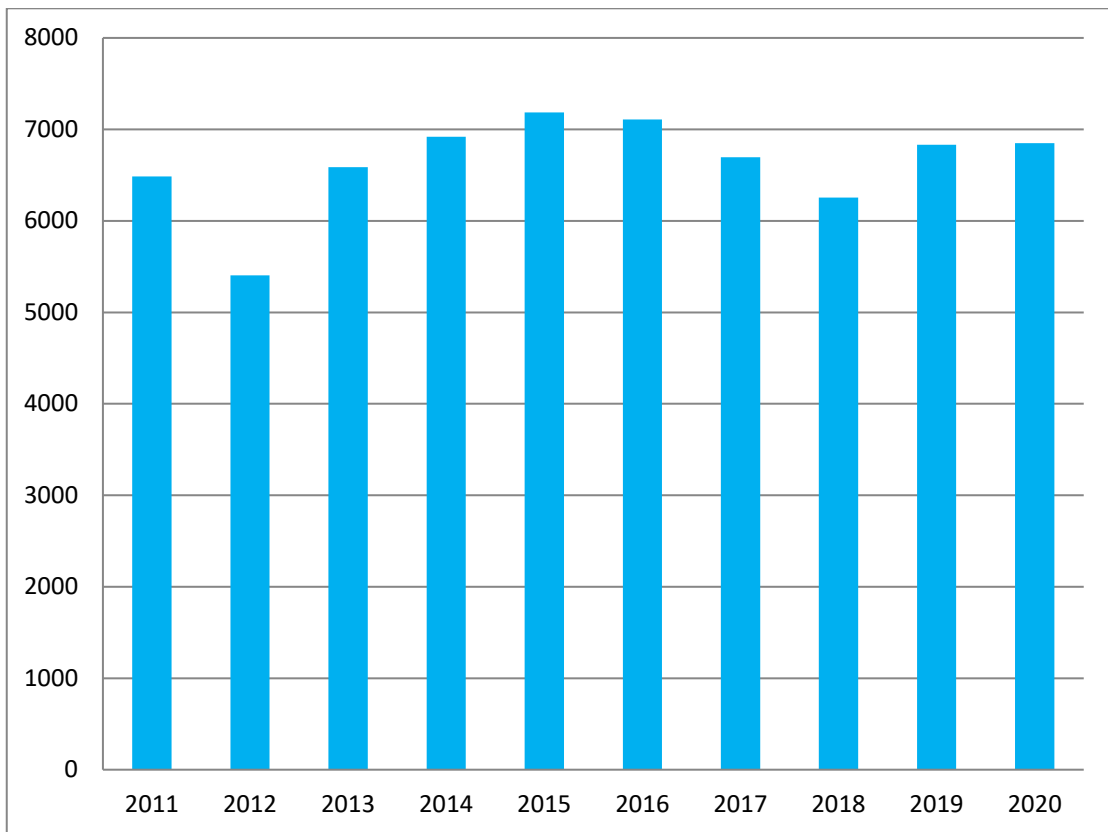


4.5 Übersicht über Eingänge/Erledigungen/Pendenzen der letzten 10 Jahre



4.6 Übersicht über die Fallkosten der letzten 10 Jahre

Die Entwicklung der Fallkosten der letzten 10 Jahre (= Saldo der laufenden Rechnung am Ende des Jahres geteilt durch die Anzahl der in diesem Jahr erledigten Verfahren) veranschaulicht folgende Grafik:



Baurekursgericht

1. Bericht

1.1 Wahlen/Anstellungen/Austritte

Kaspar Plüss trat per 31. Januar 2020 als Baurichter und Vizepräsident der 3. Abteilung zurück. Als dessen Nachfolger wurde am 17. August 2020 Daniel Willi vom Kantonsrat als ordentlicher Richter gewählt.

Im juristischen Sekretariat war im Berichtsjahr folgender Eintritt zu verzeichnen:
Wegmann Paul, Dr. iur., per 1. Februar 2020

1.2 Bestand/Zusammensetzung

Mit Plenarbeschluss vom 7. Februar 2020 wurde Roland Fraefel zum neuen Vizepräsidenten ad interim der 3. Abteilung gewählt. Mit Beschlüssen vom 27. Mai und 5. Juni 2020 konstituierte sich das Baurekursgericht für die zweite Hälfte der Amtsdauer 2017–2023 bzw. besetzte das Vizepräsidium der 3. Abteilung neu. Mit Plenarbeschluss vom 31. August 2020 wurde der am 17. August 2020 vom Kantonsrat als ordentlicher Richter gewählte Daniel Willi zum Mitglied der 2. Abteilung gewählt.

Aufgrund dieser Plenarbeschlüsse sowie weiterer Beschlüsse über die personelle Zuordnung der Kanzlei setzte sich das Baurekursgericht am 31. Dezember 2020 wie folgt zusammen:

Gerichtspräsident

Dr. Philipp Reto

Gerichtsvizepräsident

Linsi Walter

1. Abteilung

Abteilungspräsident: Linsi Walter, dipl. Bauingenieur HTL/STV, Pfäffikon
Abteilungsvicepräsident: Reinhardt Claude, dipl. Architekt ETH/SIA, Erlenbach
Baurichter/in: Bosshard Beatrice, dipl. Landschaftsarchitektin HTL,
Winterthur
Hurter Christian, dipl. Bauingenieur ETH/MBA HSG, Unternehmer, Uetikon am See

Abteilungssekretariat: Karagüven Cansel
Sgier Claudia

2. Abteilung

Abteilungspräsident: Rütimann Peter, lic. iur., Rechtsanwalt, Mediator, Winterthur
Abteilungsvicepräsident: Bergmann Adrian, dipl. Bautechniker TS, Unternehmer, Meilen
Baurichter: Terzi Stefano, dipl. Architekt ETH/SIA, Winterthur
Willi Daniel, dipl. Bauingenieur ETH, Wädenswil

Abteilungssekretariat: Bartholet Karin
Gerig Claudia

3. Abteilung

Abteilungspräsident: Müller Felix, dipl. Architekt ETH/SIA, Ellikon an der Thur
Abteilungsvicepräsidentin: Ziegler Sabine, Geschäftsleiterin, dipl. Natw. ETH, Mediatorin, Zürich
Baurichter: Farner Martin, Landschaftsarchitekt HTL, Guntalingen
Fraefel Roland, dipl. Architekt FH/SIA, Uster

Abteilungssekretariat: Imboden Rita

4. Abteilung

Abteilungspräsident: Philipp Reto, Dr. sc. nat., dipl. Geologe ETH/SIA, Winterthur
Abteilungsvicepräsident: Hany Urs, dipl. Bauingenieur HTL/SIA, Niederhasli
Baurichter: Seiler Alexander, lic. iur., Rechtsanwalt, dipl. Bauingenieur
ETH, Bachenbülach
Madianos Andreas, Bsc FHO in Raumplanung, Winterthur

Abteilungssekretariat: Schumacher Siro

Ersatzmitglieder

Berger Antoine, dipl. Ing. FH Landschaftsarchitektur, Kilchberg
Brogle Ivo, dipl. Bauführer/Bauleiter, Illnau
Brunner Ulrich, dipl. Bauing. ETH/SIA, MBA INSEAD, Erlenbach
Büchi-Vögeli Ruth, dipl. Ing.-Agr. ETH, Bäuerin, Elgg*
Dittli Daniel, dipl. Architekt ETH/SIA, Zürich
Kessler Frank Martin, dipl. Ing. ETH/SIA, MAS BA, Zürich*
Kisker Gabriele, dipl. Architektin ETH, Zürich
Meier Peter K., eidg. dipl. Immobilientreuhänder, dipl. Bauführer SBA TS, Lindau
Patt Marlen, dipl. Architektin ETH/SIA, lic. iur., Uster
Räuftlin Ursula, dipl. Kulturing. ETH/SIA, Uster
Savary Kosmas, dipl. Ing. ETH, Zürich*
Schlatter Kurt, eidg. dipl. Immobilientreuhänder, Rümlang

* Fachleute der Land- und Forstwirtschaft

Gerichtskanzlei

Kanzleichefin: Hemerka Bonetti Martina, lic. iur.
1. Kanzleichefin-Stv.: Suter-Pfannes Christine, lic. iur.
2. Kanzleichefin-Stv.: Mahler Andreas, lic. iur.

Gerichtsschreiber/innen: Brühwiler Stefan, lic. iur.
Durisch Robert, lic. iur.
Forster Christoph, lic. iur.
Greco Gianfranco, lic. iur.
Herzig-Herren Nicole, lic. iur.
Kälin Lisa, lic. iur.
Kuhn Andrea, lic. iur.
Liebherr Viviane, MLaw
Marioni-Quadranti Elena, lic. iur.
Rüsch Karin, lic. iur.
Schubert Patrizia, lic. iur.
Schweikert Daniel, lic. iur.
Thiébaud Alain, Dr. iur.
Vonlanthen Fabian, lic. iur.
Wegmann Paul, Dr. iur.

Rechnungssekretär: Zemp Näff Andreas
Rechnungssekretär-Stv.: Schmied-Florin Katrin
Verwaltungssekretärin: Traber Monika
Ausfertigung/Weiterzüge: Sgier Claudia
Bachmann Nico

1.3 Zuständigkeitsbereiche

Bezüglich der Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Abteilungen konstituierte sich das Baurekursgericht am 27. Mai 2020 für die zweite Hälfte der Amtsdauer 2017–2023 wie folgt:

1. Abteilung

Geschäfte betreffend die Bezirke Zürich und Dietikon; örtliche Zuständigkeit.

Geschäfte betreffend Grunderwerb durch Personen im Ausland (§ 4 lit. c des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland); sachliche Zuständigkeit.

2. Abteilung

Geschäfte betreffend die Bezirke Affoltern, Horgen und Meilen (Gemeinden Zollikon, Küssnacht, Zumikon, Erlenbach, Herrliberg, Meilen und Uetikon am See); örtliche Zuständigkeit.

3. Abteilung

Geschäfte betreffend die Bezirke Uster, Pfäffikon, Hinwil und Meilen (Gemeinden Männedorf, Stäfa, Oetwil am See und Hombrechtikon); örtliche Zuständigkeit. Geschäfte betreffend landwirtschaftliche Streitigkeiten gemäss Landwirtschaftsgesetz (§ 70 Abs. 3 des Landwirtschaftsgesetzes); sachliche Zuständigkeit.

4. Abteilung

Geschäfte betreffend die Bezirke Dielsdorf, Bülach, Andelfingen und Winterthur; örtliche Zuständigkeit. Geschäfte betreffend Anordnungen der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (§ 76 des Gesetzes über die Gebäudeversicherung) und betreffend Anordnungen im Feuerwehrewesen (§ 37 Abs. 2 des Gesetzes über die Feuerpolizei und das Feuerwehrewesen); sachliche Zuständigkeit.

1.4 Geschäftsgang

Die Präsidentenkonferenz traf sich am 30. Januar 2020 zu einer Sitzung, an welcher vorab der Rechenschaftsbericht 2019 verabschiedet wurde.

Die vier Abteilungen führten im Berichtsjahr insgesamt 257 Augenscheine durch (107 Abteilungs- und 150 Referentenaugenscheine) und behandelten in 97 Sitzungen 924 Geschäfte (inkl. Fallbesprechungen). Die Erledigungen konnten trotz der Lockdown-bedingten Verschiebung von Augenscheinterminen in 79 Verfahren deutlich von 745 auf 884 gesteigert werden. Die Art der Erledigung und deren Verteilung auf die verschiedenen Sachgebiete sind aus den nachfolgenden Statistiken ersichtlich. Mit Bezug auf die Verfahrensabschreibungen (Rückzug oder Gegenstandslosigkeit) ist zu bemerken, dass ein grosser Teil

auf intensive Bemühungen des Baurekursgerichts zur Förderung einer gütlichen Lösung zurückzuführen ist.

Die Rekurseingänge stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich von 815 auf 956 (inkl. Massenrekurs mit 59 Eingängen), wobei 76,5 % dem Rechtsgebiet Baupolizei-, Umweltschutzrecht und baurechtliches Verfahren (Baubewilligungen bzw. Bauverweigerungen) zugeordnet wurden. Landwirtschaftliche Streitigkeiten nach dem Landwirtschaftsgesetz, für welche das Baurekursgericht seit dem 1. Januar 2012 zuständig ist, wurden auch im 9. Jahr noch nicht an das Gericht herangetragen.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 3,6 Monate (Vorjahr: 3,7 Monate). Trotz der Lockdown-bedingten Verschiebung von Augenscheinterminen und zwei Gerichtsschreiberinnen im Mutterschafts- bzw. einer Gerichtsschreiberin im Anwaltsurlaub konnten 90 % der Fälle innerhalb von 6 Monaten erledigt werden (Vorjahr 92 %). Innert 8 Monaten wurden 94 %, innert 10 Monaten 97 % der Fälle abgeschlossen. Per Ende des Berichtsjahrs waren 701 Fälle pendent (Vorjahr: 629). Davon waren 382 vorwiegend wegen Vergleichsverhandlungen zwischen den Parteien oder wegen Projektanpassungen durch die Bauherrschaften sistiert (Vorjahr: 369). In den übrigen Fällen lief der Schriftenwechsel oder waren die Geschäfte in urteilsvorbereitender Bearbeitung.

1.5 Anfechtung vor Verwaltungsgericht

141 im Berichtsjahr ergangene Entscheide des Baurekursgerichts wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen (Vorjahr: 137). Bei den 157 Erledigungen von das Baurekursgericht betreffenden Beschwerden durch das Verwaltungsgericht resultierten 24 Gutheissungen, 12 teilweise Gutheissungen und 8 Rückweisungen. 92 Beschwerden wurden abgewiesen und deren 21 formell erledigt (Abschreibung, Nichteintreten).

1.6 Finanzielle Entwicklung

Bei einem Aufwand von 5,25 Mio. (Vorjahr: 5,33 Mio.) Franken und einem Ertrag von 1,93 Mio. (Vorjahr: 1,94 Mio.) Franken ergab sich ein Negativsaldo von 3,32 Mio. (Vorjahr: 3,39 Mio.) Franken, was zu Fallkosten von Fr. 3'760.- (Vorjahr: Fr. 4'455.-) führte.

Eine ausführliche Kommentierung der finanziellen Situation findet sich im «Geschäftsbericht und Rechnung 2020» des Regierungsrats (Rechtspflege, Buchungskreis 9065).

2. Statistiken

2.1 Geschäftsübersicht nach Rechtsgebieten

	Übertrag vom Vorjahr 2019	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Bau- und Zonenordnung, Erschliessungsplan	15	12	27	19	8
Bau-/Niveau- und weitere Linien	4	5	9	4	5
Quartierplan, Grenzberreinigung	7	4	11	5	6
Natur-/Heimatschutz	67	113	180	62	118
Baupolizei	453	731	1184	687	497
Vorhaben ausserhalb Bauzonen	29	14	43	27	16
Gewässerschutz	25	32	57	34	23
Strassenrecht	7	7	14	10	4
UVP-pflichtige Vorhaben	1	0	1	0	1
Gebäudeversicherung	4	7	11	9	2
Landwirtschaftsgesetz	0	0	0	0	0
Verschiedenes	17	31	48	27	21
Total	629	956	1585	884	701

Grafische Darstellung siehe Seite 43.

2.2 Geschäftsübersicht nach Erledigungsart

	Anzahl	Nichteintreten	Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	Abweisung	Gutheissung	
					gänzliche	teilweise
Bau- und Zonenordnung, Erschliessungsplan	19	1	6	10	2	0
Bau-/Niveau- und weitere Linien	4	2	0	2	0	0
Quartierplan, Grenzbereinigung	5	0	3	0	0	2
Natur-/Heimatschutz	62	3	31	12	10	6
Baupolizei	687	36	379	152	60	60
Vorhaben ausserhalb Bauzonen	27	0	13	9	2	3
Gewässerschutz	34	3	12	14	4	1
Strassenrecht	10	2	2	4	2	0
UVP-pflichtige Vorhaben	0	0	0	0	0	0
Gebäudeversicherung	9	0	2	6	1	0
Landwirtschaftsgesetz	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	27	3	16	4	2	2
Total	884	50	464	213	83	74

Grafische Darstellung siehe Seite 43.

2.3 Verfahrensdauer

2.3.1 Erledigte Geschäfte

Über die Dauer des Verfahrens vom Eingang des Rechtsmittels bis zum Entscheid gibt folgende Tabelle Aufschluss:

	Anzahl	0-3 Monate	>3-6 Monate	>6-12 Monate	>12-24 Monate	>24 Monate
Bau- und Zonenordnung, Erschliessungsplan	19	4	8	1	6	0
Bau- und Niveaulinien	4	2	2	0	0	0
Quartierplan	5	3	0	0	2	0
Natur- und Heimatschutz	62	24	25	9	4	0
Baupolizei	687	298	327	60	1	1
Vorhaben ausserhalb Bauzonen	27	9	15	3	0	0
Gewässerschutz	34	10	21	3	0	0
Strassenrecht	10	2	6	2	0	0
UVP-pflichtige Vorhaben	0	0	0	0	0	0
Gebäudeversicherung	9	1	8	0	0	0
Landwirtschaftsgesetz	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes	27	19	8	0	0	0
Total	884	372	420	78	13	1

Grafische Darstellung siehe Seite 44.

2.3.2 Hängige Geschäfte

Am 31. Dezember 2020 waren folgende überjährige Geschäfte anhängig:

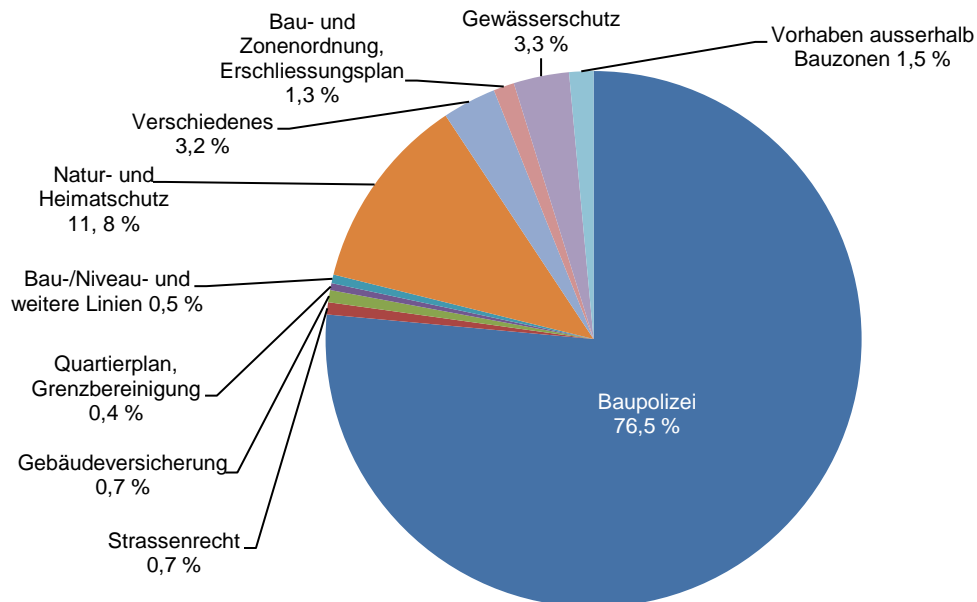
	länger als 1 Jahr	länger als 2 Jahre
Total aus allen Rechtsgebieten	147	69
Davon sistiert	133	65

2.4 Anfechtung vor Verwaltungsgericht (Stand: 15.03.2021)

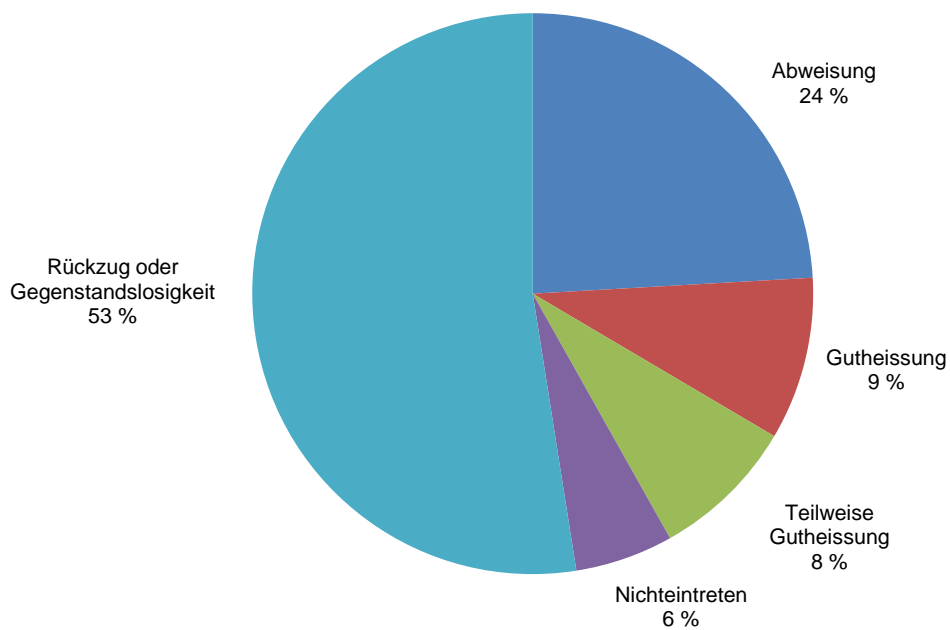
Erledigung durch das Baurekursgericht	Anzahl Weiterzüge	Anzahl Erledigungen durch das Verwaltungsgericht (Diese Statistik wird jährlich nachgeführt.)						
		Rückzug/Gegenstandslosigkeit	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Rückweisung	Pendent
2016	113	8	2	74	6	12	8	3
2017	96	8	2	56	12	12	6	0
2018	129	10	5	72	14	13	15	0
2019	137	11	5	79	15	12	6	9
2020	141	5	2	28	9	3	3	91

3. Grafische Darstellungen des Baurekursgerichts

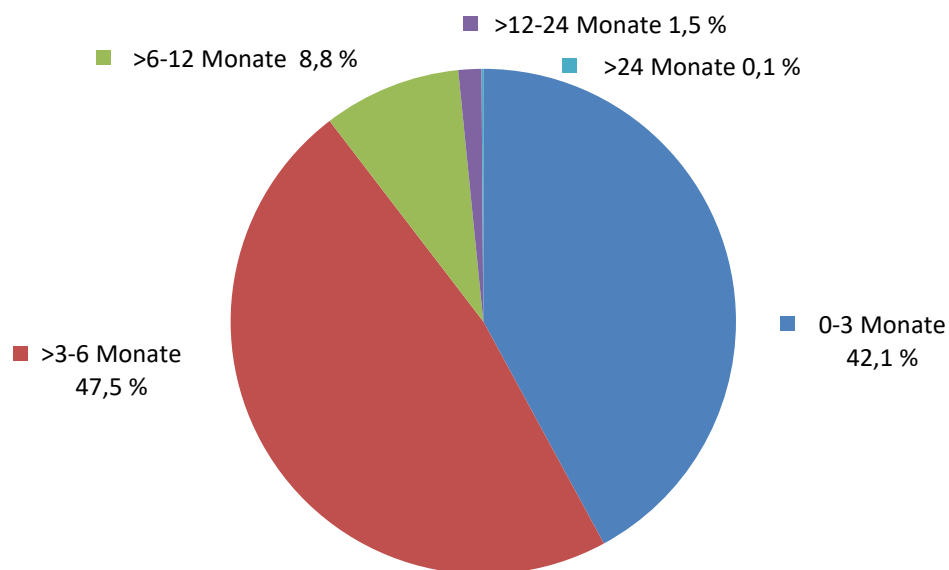
3.1 Eingänge nach Rechtsgebieten



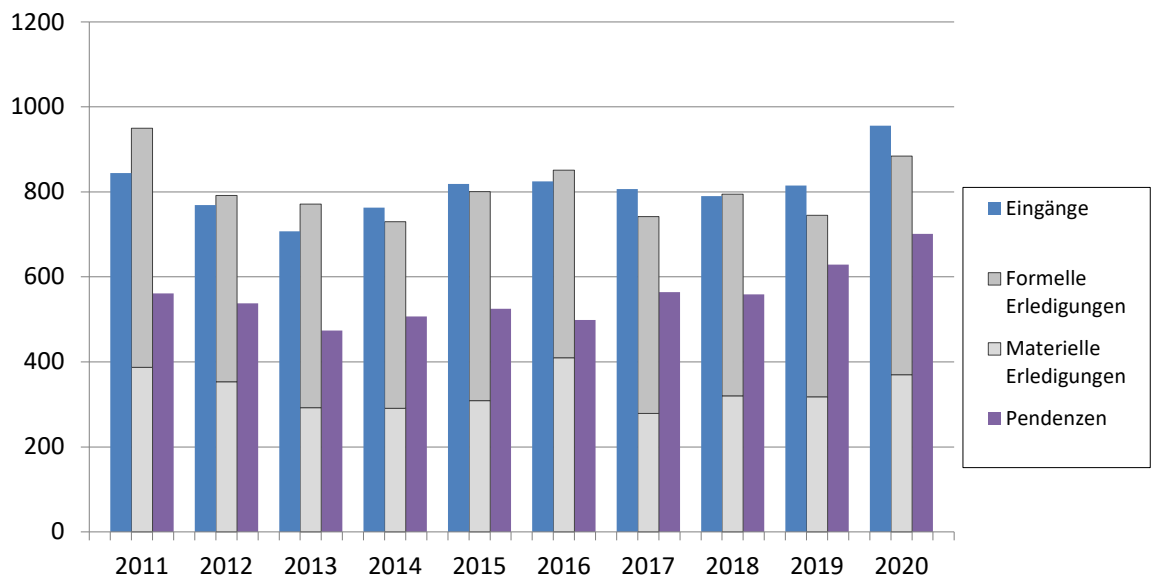
3.2 Erledigungsart



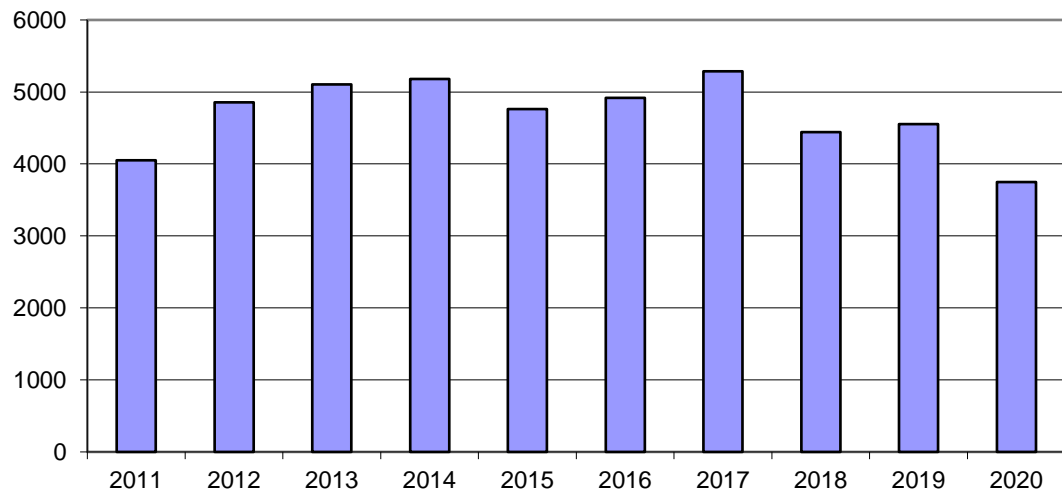
3.3 Verfahrensdauer



3.4 Eingänge/Erledigungen/Pendenzen



3.5 Fallkosten



Steuerrekursgericht

1. Bericht

1.1 Wahlen/Anstellungen/Austritte

Ende Januar 2020 trat lic. iur. Alexander Widl, welcher seit 1. Januar 1999 als Steuerrichter mit einem Pensum von 60 % für die Steuerrekurskommission III bzw. für die 2. Abteilung des Steuerrekursgerichts gewirkt hatte, in den Ruhestand. Ende August 2020 folgte diesem lic. iur. Micheline Roth-Pastor, welche seit dem 1. Januar 1999 als Steuerrichterin und Vizepräsidentin mit einem Pensum von 80 % für die Steuerrekurskommission III bzw. die 2. Abteilung des Steuerrekursgerichts tätig gewesen war. Im Rahmen der Wiederbesetzung dieser Richtervakanzen erhöhte der Kantonsrat mit Beschluss vom 6. Januar 2020 das Pensum von Steuerrichter lic. iur. Hans Heinrich Knüsli per 1. Februar 2020 um 10 % auf 70 %. Mit Beschlüssen vom 11. Mai und 29. Juni 2020 wählte der Kantonsrat lic. iur. Christian Griesser sowie die bisherige Ersatzrichterin Dr. iur. Tanja Petrik-Haltiner zum Steuerrichter bzw. zur Steuerrichterin mit einem Pensum von 50 bzw. 80 %. Beide neuen Mitglieder traten ihr Amt am 1. Oktober 2020 an. Die als Folge der Wahl von Dr. iur. Tanja Petrik-Haltiner entstandene Vakanz in der Ersatzrichterschaft konnte bis Ende 2020 nicht behoben werden.

Bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern waren im Berichtsjahr folgende Eintritte zu verzeichnen:

	Eintrittsdatum	Beschäftigungsgrad
Marino Ricardo, MLaw	1. Juli 2020	100 %
Tschalèr Sven, MLaw	1. September 2020	100 %

Diesem Eintritt standen folgende Austritte gegenüber:

	Austrittsdatum	Beschäftigungsgrad
Schmidlin Cécile, MLaw	30. Juni 2020	100 %
Gültekin Gürkan, MLaw	31. Juli 2020	100 %

In der Administrativkanzlei trat Ruth Höner-Mäder, welche zwischen 5. Juni 2000 und 31. Oktober 2010 als Leitende Administrativsekretärin sowie danach als Rechnungsführerin für das Steuerrekursgericht gewirkt hatte, per 31. März 2020 in den vorzeitigen Ruhestand. Roger Flückiger trat seine Anstellung als neuer Rechnungsführer des Steuerrekursgerichts am 25. Februar 2020 an.

Der Personalbestand (Beschäftigungsumfang) im Berichtsjahr erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr (15,0 Stellen) moderat um 4 % auf 15,6 Stellen. Damit lag dieser unter dem geplanten Beschäftigungsumfang von 16,1 Stellen. Zurückzuführen ist Letzteres in erster Linie auf Verzögerungen bei der Wahl und dem Stellenantritt der beiden neuen teilmamtlichen Gerichtsmitglieder.

1.2 Bestand/Zusammensetzung

Das Steuerrekursgericht konstituierte sich am 29. Juni 2020 für den vom 1. Juli 2020 bis 31. August 2020 (Datum Austritt Micheline Roth Pastor) sowie für den vom 1. September 2020 bis 30. Juni 2023 laufenden Teil der Amtsdauer 2017–2023 mit Dr. iur. Christian Mäder als Präsidenten der 2. Abteilung, mit lic. iur. Walter Balsiger als Präsidenten der 1. Abteilung und Stellvertreter des Gerichtspräsidenten sowie mit lic. iur. Michael Ochsner als weiterem Geschäftsleitungsmitglied.

Aufgrund des Konstituierungsbeschlusses des Plenums vom 29. Juni 2020 sowie weiterer Beschlüsse über die personelle Zuordnung der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber und der administrativen Kanzlei (Pool-Lösung) setzte sich das Steuerrekursgericht am 31. Dezember 2020 wie folgt zusammen:

Gerichtspräsident

Mäder Christian, Dr. iur.

Geschäftsleitung

Vorsitz: Gerichtspräsident Mäder Christian, Dr. iur.
Mitglieder: Gerichtsvizepräsident Balsiger Walter, lic. iur.
Abteilungsvicepräsident Ochsner Michael, lic. iur.

1. Abteilung

Abteilungspräsident: Balsiger Walter, lic. iur., Zürich (100 %)
Mitglieder: Ochsner Michael, lic. iur., Zürich (80 %)
Collet Barbara, lic. iur., Egg (50 %)
Hefti Christina, lic. iur., Zürich (70 %)

2. Abteilung

Abteilungspräsident: Mäder Christian, Dr. iur., Pfäffikon (100 %)
Mitglieder: Knüsli Hans Heinrich, lic. iur. Küsnacht (70 %)
Griesser Christian, lic. iur., Winterthur (50 %)
Petrik-Haltiner Tanja, Dr. iur., Winterthur (80 %)

Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (für beide Abteilungen tätig)
Gerichtsschreiber mbA: Steiner Fabian, MLaw, Sissach (100 %)
Gerichtsschreiber/innen: Bieri Verena, MLaw, Zürich (100 %)
Briner Benjamin, MLaw, Zürich (100 %)
Marino Ricardo, MLaw, Adliswil (100 %)
Obertüfer Marius, MLaw, Zürich (100 %)
Tschalèr Sven, MLaw, Zürich (100 %)

Administrativkanzlei

Leitender Gerichtsschreiber:	Treyer Claude, lic. iur., Thalwil (80 %)
Stv. Leitender Gerichtsschreiber:	Steiner Fabian, MLaw, Sissach (100 %)
Rechnungsführer:	Flückiger Roger, Schneisingen (80 %)
Leitende Verwaltungssekretärin:	Gmür Stephanie, Weiach (100 %)
Verwaltungssekretärinnen:	Isaak Priska, Lostorf (80 %) Corbal Dominguez Lucia, Zürich (60 %)

Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter

Braun Tobias, Dr. iur., Rechtsanwalt/dipl. Steuerexperte, Zürich
Bügler Jürg, lic. iur., Rechtsanwalt, Neftenbach
Jud Heinrich, Dr. iur., Rechtsanwalt, Zumikon
Malla Jasmin, Dr. iur., LL.M., Bassersdorf
Rohner Tobias F., Dr. iur., Rechtsanwalt/dipl. Steuerexperte, Kilchberg
Sieber Roman J., Dr. iur., Rechtsanwalt, Geroldswil
Sommer Karl, lic. iur., Rechtsanwalt, Hinwil
Steiner Jürg, lic. iur., Rechtsanwalt, Kilchberg
Treyer Claude, lic. iur., Thalwil
Untersander Oliver, Dr. iur., Rechtsanwalt/LL.M, Herrliberg
Weidmann Markus, Dr. iur., Rechtsanwalt/dipl. Steuerexperte, Gossau
vakant

1.3 Zuständigkeitsbereiche

Gemäss Konstituierungsbeschluss des Steuerrekursgerichts vom 29. Juni 2020 für den vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2023 laufenden Teil der Amtsdauer 2017–2023 werden Beschwerden und Rekurse gegen Anordnungen in allen Rechtsgebieten von beiden Abteilungen behandelt.

1.4 Geschäftsgang

Das Plenum des Steuerrekursgerichts trat am 29. Juni 2020 zwecks Neukonstituierung für den vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2023 laufenden Teil der Amtsdauer 2017–2023 zusammen. Die Geschäftsleitung fasste anlässlich einer ordentlichen Sitzung zu Beginn des Berichtsjahrs sowie aufgrund der Covid-19-Pandemie anlässlich zahlreicher Ad-hoc-Sitzungen und auf dem Zirkularweg Beschlüsse, die verschiedene Verwaltungs- und Personalfragen zum Gegenstand hatten. Im Vordergrund standen dabei die situativen Anpassungen der Arbeits-, Prozessleitungs- und Entscheidungsprozesse aufgrund der jeweils beschlossenen Massnahmen des Bundes und des Kantons Zürich zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie sowie die Einführung und Durchsetzung betrieblicher Hygienemassnahmen. In Absprache mit dem Verwaltungsgericht wurde die Anschaffung von Notebooks zwecks Er-

leichterung der Homeoffice-Tätigkeit beschlossen. Überdies wurden insbesondere Neurekruitierungen bei den Gerichtsschreibenden, zwei Richterersatzwahlen, die Durchführung bzw. Streichung von Personalanlässen, kleinere Ersatzanschaffungen (vereinzelte Bürostühle und Stehpulte) sowie das prozessuale Vorgehen bei fehlender Nachführung der Zeichnungsberechtigungen insbesondere bei grösseren Treuhandgesellschaften im Handelsregister thematisiert. Während die Referentin der Justizkommission im Februar 2020 noch zur Visitation begrüsst werden konnte, fand der Austausch mit dem Verwaltungsgericht betreffend Themen wie Zwischenberichterstattung, Rechnung und Budget/KEF pandemiebedingt lediglich telefonisch, per E-Mail oder auf dem Zirkulationsweg statt.

Im Berichtsjahr gingen 592 (Vorjahr: 538) Geschäfte ein. Die zwei Abteilungen erledigten in 29 Kammersitzungen und 101 Sitzungen der Einzelrichtenden (2019: 35 Kammersitzungen und 144 Sitzungen der Einzelrichtenden) sowie im Rahmen von 201 Zirkularverfahren (2019: 136) insgesamt 584 (Vorjahr: 586) Geschäfte. Dies führte zu einer geringfügigen Erhöhung des Pendenzenstands von 436 auf 444 Geschäfte (Zielwert: 440 Geschäfte). Die Art der Erledigungen ist aus dem nachfolgenden Statistikteil ersichtlich. Die vermehrte Tätigkeit der juristischen Mitarbeitenden am Heimarbeitsplatz während der Covid-19-Pandemie führte zu einer Verschiebung des Entscheidungsprozesses ins Zirkularverfahren.

Die Anzahl an Geschäftseingängen lag mit 592 deutlich höher als im Vorjahr (538 Geschäfte), indes noch immer fast ebenso deutlich unter dem Planungswert von 630 Geschäften. Mit 584 Erledigungen wurde der Vorjahreswert (586 Erledigungen) fast exakt erreicht, die Planung (660 Erledigungen) indes deutlich unterschritten. Zurückzuführen ist diese Erledigungsquote auf mehrere Faktoren: Einerseits führten die Verzögerungen bei der Rekrutierung und dem Arbeitsantritt neuer juristischer Mitarbeitenden insbesondere auf Stufe Richterschaft zu einem Beschäftigungsumfang von 15,6 Stellen (Planung: 16,1 Stellen). Andererseits hat die – aufgrund der überraschenden Kündigungen zweier erst 2019 eingestellter Gerichtsschreibenden aus privaten bzw. Arbeitsmarktgründen erforderliche – Rekrutierung und Einarbeitung einer weiteren Generation von Gerichtsschreibenden zusätzliche Ressourcen beim vorbestehenden juristischen Personal gebunden. Die beiden neuen Gerichtsmitglieder konnten sodann aufgrund der erst kurzen Verweildauer ab 1. Oktober 2020 und der anschliessenden Einarbeitungszeit noch keinen der Planung entsprechenden persönlichen Anteil an den Geschäftserledigungen leisten. Schliesslich blieb die Anzahl der durch die Ersatzrichterschaft erledigten Geschäfte weiterhin erheblich unter den Erwartungen. Die sich aus den Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie ergebenden logistischen Erschwernisse mögen ebenfalls einen – aus Sicht des Steuererkergerichts allerdings kaum messbaren – Beitrag zur verminderten Erledigungsquote geleistet haben.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug ohne Sistierungsperioden 8,9 Monate (Vorjahr 9,6 Monate, Ziel: max. 10 Monate), wobei 48,6 % der Verfahren innert 6 Monaten erledigt werden konnten (Vorjahr: rund 45 %, Ziel: 50 %).

1.5 Anfechtung vor Verwaltungsgericht

Von den 584 im Berichtsjahr erledigten Geschäften wurden deren 92 (15,75 %, Stand: 15.03.2021) mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten (Werte Vorjahr: 586 Erledigungen, 109 Weiterzüge, 18,6 %).

Davon wurden 31 abgewiesen und 6 gutgeheissen. 5 Verfahren wurden an das Steuerrekursgericht bzw. das kantonale Steueramt zurückgewiesen. Auf 19 Beschwerden trat das Verwaltungsgericht nicht ein, und 6 Beschwerdeverfahren wurden als gegenstandslos geworden abgeschrieben. Die übrigen 25 Fälle aus dem Berichtsjahr sind am Verwaltungsgericht noch pendent. Die Art der Erledigung von Rechtsmitteln gegen frühere Entscheide des Steuerrekursgerichts durch das Verwaltungsgericht ist aus der tabellarischen Übersicht unter Ziff. 2.4 ersichtlich. Aus den Vorjahren wurden insgesamt 34 Fälle im Berichtsjahr erledigt.

1.6 Finanzielle Entwicklung (Erfolgsrechnung, Fallkostenentwicklung)

Bei einem Aufwand von 3,430 Mio. (Vorjahr: 3,284 Mio.) Franken und einem Ertrag von 1,143 Mio. (Vorjahr: 1,370 Mio.) Franken ergab sich ein Saldo von 2,287 Mio. (Vorjahr: 1,914 Mio.) Franken.

Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Aufwand gepaart mit dem tieferen Ertrag führte bei fast gleichbleibender Anzahl an Geschäftserledigungen (584 anstatt 586) zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Nettokosten pro Fall von Fr. 3'266.- auf Fr. 3'915.-.

Eine ausführliche Kommentierung der finanziellen Situation findet sich im «Geschäftsbericht und Rechnung 2020» des Regierungsrates (Rechtspflege, Buchungskreis 9066).

2. Statistiken

2.1 Geschäftsübersicht nach Rechtsgebieten

	Übertrag vom Vorjahr 2019	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Staatssteuer	206	283	489	280	209
Verrechnungssteuer	1	0	1	1	0
Gemeindesteuer	0	3	3	2	1
Quellensteuer	13	6	19	13	6
Steuerbefreiung	4	2	6	4	2
Kirchensteuer	0	0	0	0	0
Grundsteuern	51	52	103	56	47
Direkte Bundessteuer	158	242	400	225	175
Wehrpflichtersatz	0	3	3	2	1
Erbschafts- und Schenkungs- steuern	3	1	4	1	3
Total	436	592	1028	584	444

Grafische Darstellung siehe Seite 55.

2.2 Geschäftsübersicht nach Erledigungsart

	Anzahl	Nicht- ein- treten	Rückzug oder Gegen- stands- losigkeit	Abwei- sung	Gutheissung materielle gänz- liche	teil- weise	Rück- weisung
Staatssteuer	280	29	54	106	24	49	18
Verrechnungssteuer	1	0	0	0	0	0	1
Gemeindesteuer	2	0	0	1	0	0	1
Quellensteuer	13	1	3	5	0	1	3
Steuerbefreiung	4	0	0	4	0	0	0
Kirchensteuer	0	0	0	0	0	0	0
Grundsteuern	56	5	7	12	5	20	7
Direkte Bundessteuer	225	27	39	82	21	42	14
Wehrpflichtersatz	2	0	1	1	0	0	0
Erbschafts- und Schenkungs- steuern	1	0	0	1	0	0	0
Total	584	62	104	212	50	112	44

Grafische Darstellung siehe Seite 55.

2.3 Verfahrensdauer

2.3.1 Erledigte Geschäfte

Über die Dauer des Verfahrens vom Eingang des Rechtsmittels bis zum Entscheid gibt folgende Tabelle Aufschluss:

	Anzahl	0-3 Monate	>3-6 Monate	>6-12 Monate	>12-24 Monate	>24 Monate
Staatssteuer	280	73	68	72	47	20
Verrechnungssteuer	1	0	0	1	0	0
Gemeindesteuer	2	0	1	1	0	0
Quellensteuer	13	3	1	4	3	2
Steuerbefreiung	4	0	0	4	0	0
Kirchensteuer	0	0	0	0	0	0
Grundsteuern	56	12	10	19	12	3
Direkte Bundessteuer	225	58	57	56	37	17
Wehrpflichtersatz	2	2	0	0	0	0
Erbschafts- und Schenkungssteuern	1	0	0	1	0	0
Total	584	148	137	158	99	42

Grafische Darstellung siehe Seite 56.

Der Versand der schriftlich begründeten Mitteilungen erfolgte durchschnittlich 7 (Vorjahr: 6) Tage nach dem Entscheid.

2.3.2 Hängige Geschäfte

Am 31. Dezember 2020 waren folgende überjährige Geschäfte anhängig:

	länger als 1 Jahr	länger als 2 Jahre
Staatssteuer	24	14
Grundsteuern	7	7
Direkte Bundessteuer	20	9
Quellensteuer	3	0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1	1
Total	55	31
Davon sistiert	5	10

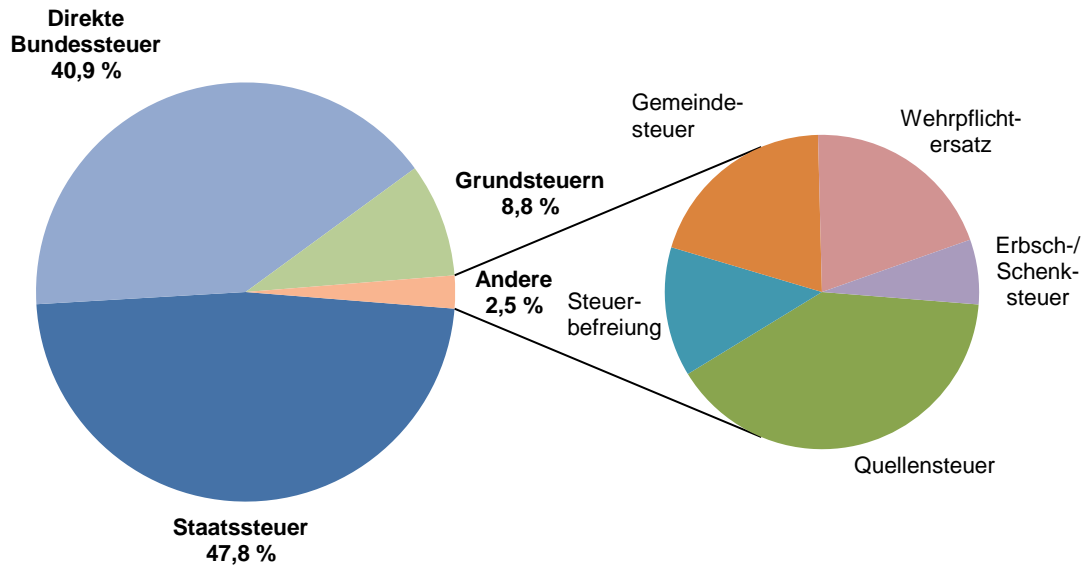
2.4 Anfechtung vor Verwaltungsgericht

92 Entscheide des Steuerrekursgerichts aus dem Berichtsjahr 2020 sind beim Verwaltungsgericht angefochten worden. Die Art der Erledigung dieser Rechtsmittel sowie derjenigen gegen frühere Entscheide des Steuerrekursgerichts ist aus der nachstehenden Statistik ersichtlich (Stand: 15.03.2021).

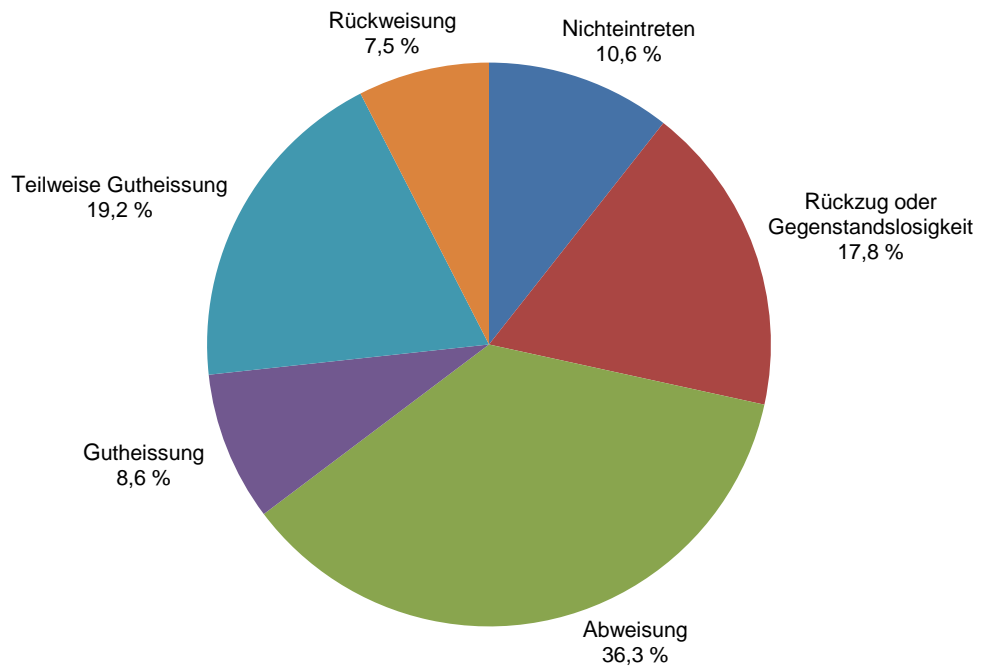
Erledigung durch das Steuerrekursgericht	Anzahl Weiterzüge	Anzahl Erledigungen durch das Verwaltungsgericht						
		Rückzug/ Gegenstandslosigkeit	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Rückweisung	Pendent
2016	87	0	14	58	9	0	6	0
2017	113	0	33	67	4	0	9	0
2018	115	2	28	66	9	0	10	0
2019	109	0	14	69	10	7	3	6
2020	92	6	19	31	6	0	5	25

3. Grafische Darstellungen

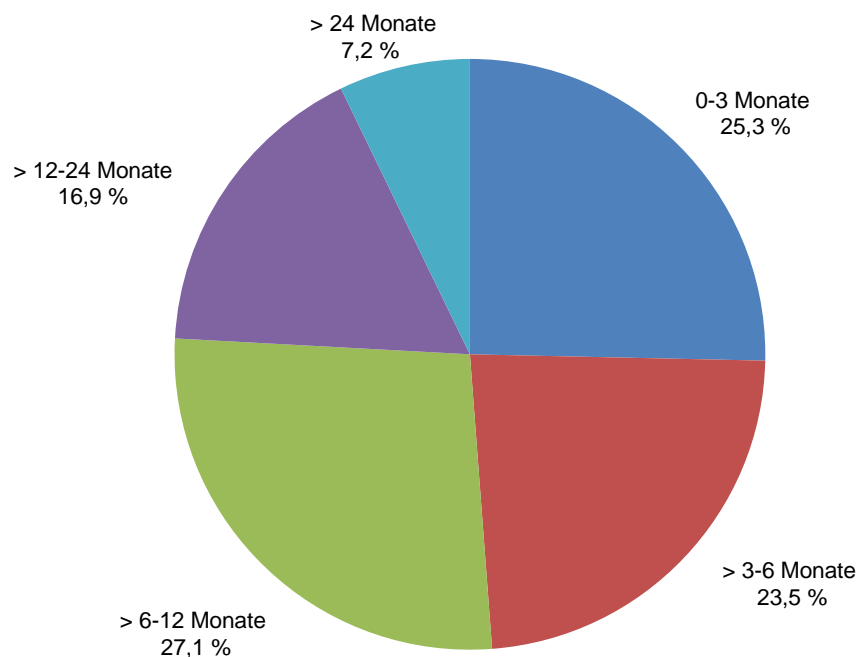
3.1 Eingänge nach Rechtsgebieten



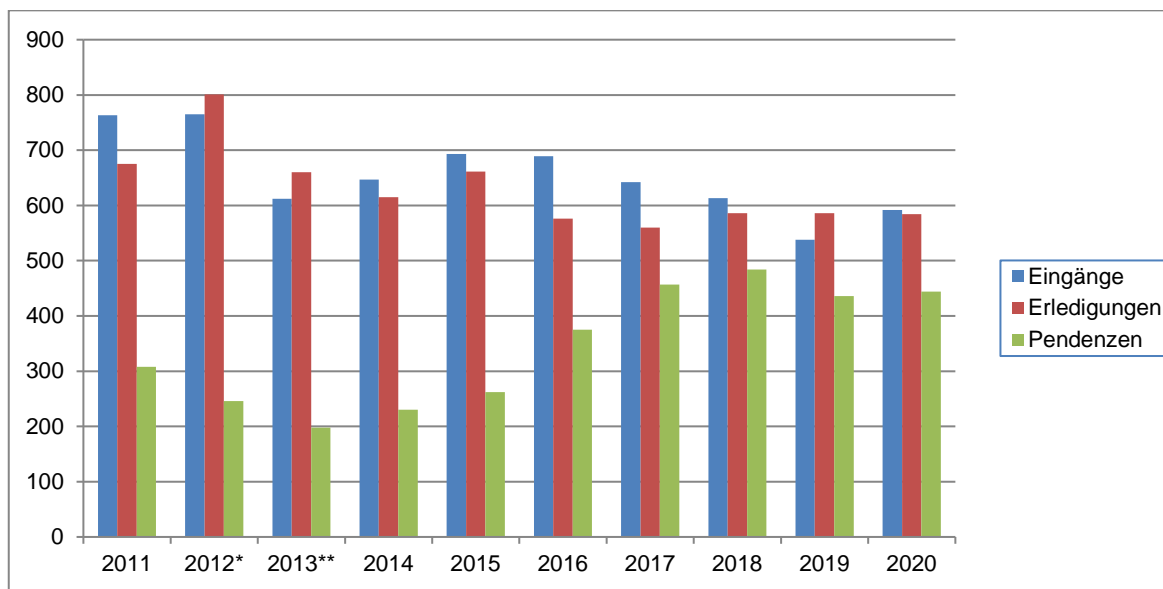
3.2 Erledigungsart



3.3 Verfahrensdauer



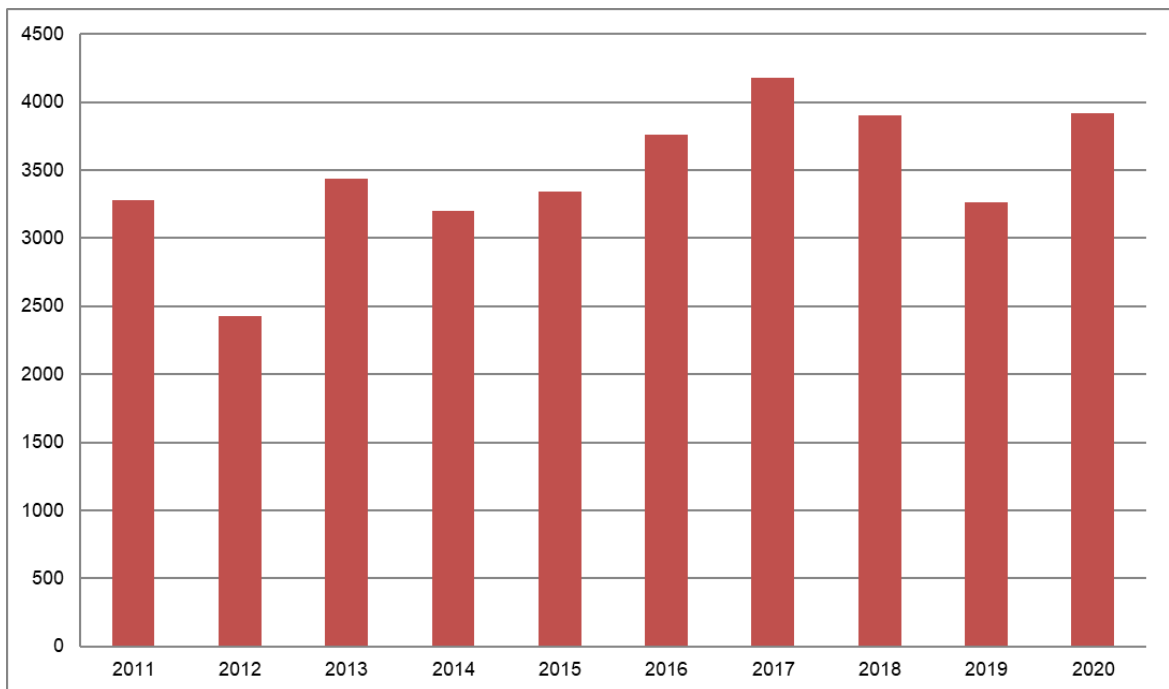
3.4 Übersicht über Eingänge/Erledigungen/Pendenzen der letzten 10 Jahre



* Infolge Anpassung an den Modus der Geschäftsnummernvergabe des Verwaltungsgerichts wurden Ende 2012 26 überzählige Geschäfte ohne Berücksichtigung bei den Geschäftserledigungen 2012 eliminiert, was per 1. Januar 2013 zu einem korrigierten Pendenzenstand von 246 Geschäften führte.

** Die Anpassung des Modus der Geschäftsnummernvergabe führte 2013 zu einer Reduktion der Eingänge, Erledigungen sowie des Pendenzenstands um rund 10 %.

3.5 Übersicht über die Fallkosten der letzten 10 Jahre



Schätzungskommissionen

1. Bericht

1.1 Wahlen/Anstellungen/Austritte

Im Berichtsjahr waren beim Bestand der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Schätzungskommissionen keine Änderungen zu verzeichnen.

1.2 Bestand/Zusammensetzung

1. Kreis – Bezirke Zürich, Bülach, Dielsdorf und Dietikon

Vorsitzende:	Altorfer Susanne, lic. iur., Rechtsanwältin, Küsnacht
Mitglieder:	Lehner Jürg, dipl. Bauführer SBA, Kilchberg Keller Edgar, Bauing. HTL, Adliswil
Ersatzmitglieder:	Deplazes Silvio, Architekt HTL, Zürich Michel Daniel, dipl. Ing. ETH und Immobilienbewerter mit eidg. Fachausweis, Zürich
Protokollführerin:	Vock Manuela, lic. iur., Rechtsanwältin, Zürich

2. Kreis – Bezirke Affoltern, Horgen und Meilen

Vorsitzende:	Kovacs Yvette, Dr. iur., Rechtsanwältin, Zürich
Mitglieder:	Bachmann Dominik, Dr. iur. et lic. phil., Rechtsanwalt, Kilchberg Osterwalder Stefan, dipl. Kulturingenieur ETH und pat. Ingenieur/Geometer, Männedorf
Ersatzmitglieder:	Arioli Matthias, Bau-Ing. ETH, Zürich Wild Reto, Landschaftsarchitekt, Zürich
Protokollführerin:	Seiler Germanier Katharina, lic. iur., Zürich

3. Kreis – Bezirke Hinwil, Uster und Pfäffikon

Vorsitzender:	Lardi Reto, Arch. HTL, Ottikon bei Kempthal
Mitglieder:	Schmid Kurt, Landwirt mit Meisterdiplom, Brüttsellen Frauchiger Mark, dipl. Bauing. HTL, Effretikon
Ersatzmitglieder:	Fraefel Roland, dipl. Architekt FH, Uster Eggenschwiler Suppan Silvia, lic. iur., Rechtsanwältin, Dietlikon
Protokollführer:	MLaw Stefan Frey, Rechtsanwalt, Winterthur

4. Kreis – Bezirke Winterthur und Andelfingen

Vorsitzender:	Tinner Andreas, Dr. iur., Rechtsanwalt, Winterthur
Mitglieder:	Bachmann Felix, dipl. Kulturingenieur ETH, Flurlingen Bertet Andreas, Architekt FH, Winterthur
Ersatzmitglieder:	Wiedmer Rolf, Architekt FH, Immobilienbewerter FH, Winterthur Zwicky Kaspar, dipl. Architekt HTL, Winterthur
Protokollführerin:	Achtnich Isabella, lic. iur., Rechtsanwältin, Winterthur

2. Statistiken über Art und Umfang der Tätigkeit

Über die Art und den Umfang der Tätigkeit der Schätzungskommissionen geben folgende Tabellen Aufschluss:

Schätzungskommission	I	II	III	IV	Total
Gesamtübersicht					
Übertrag vom Vorjahr	6	3	1	0	10
Eingegangen	4	3	3	0	10
Total	10	6	4	0	20
Erledigt	1	0	3	0	4
Pendent	9	6	1	0	16
Erledigungen					
Entschädigung für formelle Enteignung	1	0	1	0	2
Entschädigung für formelle Enteignung und Beiträge	0	0	0	0	0
Beiträge	0	0	0	0	0
Entschädigung bzw. Kosten im Quartierplan	0	0	0	0	0
Entschädigung für materielle Enteignung, Zugrecht und Heimschlag	0	0	0	0	0
Rückforderung abgetretener Rechte	0	0	0	0	0
Inanspruchnahme von Nachbargrundstücken	0	0	0	0	0
Übrige	0	0	0	0	0